

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 18



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 13. 11. 1990

WORT UND WIDERWORT

Wie kann man Frauen die Rückkehr in den Beruf erleichtern?

Die von der SPD-Landtagsfraktion beschlossene Schaffung von über 20 000 zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen jährlich werde dazu beitragen, daß der „Ausstieg“ aus der Berufstätigkeit vielleicht nicht mehr in dem heutigen Maße notwendig sein werde. In dieselbe Richtung zielten Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge, die einen über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden Elternurlaub festschrieben. Das erklärt die SPD-Abgeordnete **Brigitte Speth**. Die CDU-Abgeordnete **Regina van Dinther** betont, verstärkte Anstrengungen müßten die Tarifpartner unternehmen. Flexible Arbeitszeiten, verstärktes Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen, mehr Phantasie bei der Gestaltung der Arbeitswelt seien gefordert. Einige wenige Firmen hätten mit dem Instrument von Frauenförderplänen die Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Personalpolitik bereits erkannt. Die F.D.P.-Abgeordnete **Ruth Witteler-Koch** unterstreicht, die Liberalen wollten einen Ausbau der freiwilligen Frauenfördermaßnahmen in allen Bereichen. Die F.D.P. plädiere dafür, bei der Wiedereinstellung von Frauen deren Fähigkeiten und Kenntnisse, die sie in der Familienphase erworben hätten, zu berücksichtigen und anzuerkennen. Die GRÜNEN-Abgeordnete **Marianne Hürten** meint, bis man die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwunden habe, gelte es Berufsrückkehrerinnen effektiv und einfühlsam zu helfen, indem ihnen u. a. während der Familienphase Weiterbildung leicht gemacht werde, die Beratung an den Bedürfnissen der Frau ansetze und spezifische Umschulungen und Fortbildungen für Frauen angeboten würden. (Seite 2)

Schnoor auf Dringliche CDU-Anfrage: Kein Vorbehalt

Frauenförderung nicht ausgesetzt

Die Landesregierung wolle das Frauenförderungsgesetz nach wie vor anwenden. Das erklärte Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) am Mittwoch, 7. November, in einer Fragestunde des Landtags auf eine Dringliche Anfrage der CDU-Abgeordneten Marie-Luise Woldering.

Die Abgeordnete hatte daran erinnert, das Oberverwaltungsgericht Münster habe in einer vorläufigen Entscheidung vom 23. Oktober das Frauenförderungsgesetz u. a. als nicht vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt und die Vorlage beim Bundesverfassungsgericht beschlossen.

Schnoor betonte, Beförderungen würden auch künftig nicht unter Vorbehalt ausgesprochen. Das Gesetz sei durch den Vorlagebeschluß nicht etwa suspendiert worden. Auf eine Zusatzfrage der F.D.P.-Abgeordneten Ruth Witteler-Koch, ob er von vornherein in Kauf genommen habe, daß dieses Gesetz verfassungswidrig sein könnte, meinte der Innenminister: „Wir haben nie bestritten, daß es hier auch ein verfassungsrechtliches Risiko gibt.“ Aber er sagte, wenn ein Gesetzgeber nicht bereit sei, einen Frei-

rahmen, den ihm die Verfassung gebe, auszuschnöpfen, werde er nie eine progressive Politik erreichen können.

Schnoor schloß aus, daß eine Prozeßlawine auf die Landesregierung zukommen könne.



„Uff!“

Die Woche im Landtag

Asylrecht

In einer Debatte über das Asylrecht auf Antrag der CDU haben SPD, F.D.P. und DIE GRÜNEN eine Grundgesetzänderung zurückgewiesen. (Seite 5)

Würgassen

Mit dem Wiederanfahren des Kernkraftwerks Würgassen befaßte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde. (Seite 7)

Hochschulen

In einer weiteren Aktuellen Stunde hat die Opposition von der Landesregierung energische Maßnahmen gegen die Überfüllung der Hochschulen gefordert. (Seite 8)

Stiftung

Nordrhein-Westfalen will künftig bei der Verwaltung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein stärkeres Mitspracherecht wahrnehmen. (Seite 13)

Anpassung

In der laufenden Legislaturperiode ist die Anpassung des Verfassungsschutzgesetzes an das Volkszählungsurteil einer der innenpolitischen Schwerpunkte. (Seite 14)

Großgaragen

Allgemein zugängliche geschlossene Großgaragen müssen künftig im Bereich der Garagenzufahrt einen Raum für einen Garagenwart haben. (Seite 15)



Zeichnung: Stuttgarter Zeitung

WORT UND WIDERWORT

Mehr Phantasie bei Gestaltung der Arbeitswelt gefordert

Von
Brigitte Speth

Die Probleme von Berufsrückkehrerinnen nach einer Familienphase sind typisch für die Situation der Frauen in unserer Gesellschaft: Diese Frauen haben ihre Berufstätigkeit aufgegeben, weil sie keine Möglichkeiten sahen, Kindererziehung und Erwerbstätigkeit zu verbinden.

Wenn diese Frauen nach einer Zeit der Familienarbeit in den Beruf zurückkehren wollen, ist dies meist schwierig: Durch die Berufspause werden berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten entwertet, der Abstand zur Berufswelt wächst, und häufig reagiert das soziale Umfeld ablehnend.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben 1989 ein Landeswiedereingliederungsprogramm geschaffen, das z. B. durch Unterhaltsleistungen die Teilnahme an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen ermöglicht. Auch die Kinderbetreuung während

Von
Regina van Dinther

Frauen haben heute qualifizierte Ausbildungen, so daß der Wunsch nach Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren stetig wächst. Politik und Gesellschaft haben die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend zu verbessern. Allem voran steht die Aufgabe, ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen, denn hier liegt das größte Problem vieler Frauen, entweder als Mutter im Beruf zu bleiben, bzw. nach einer Familienphase in den Beruf zurückzukehren. Mit dem Erziehungsurlaub ist ein Instrument geschaffen worden, das Eltern erlaubt, die Betreuung der Kinder in den ersten Lebensmonaten selbst zu übernehmen. Eine Ausweitung des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre pro Kind sollte vom Bundes- und Landesgesetzgeber angestrebt werden. Entscheidet sich die Mutter zu einer längeren Familienpause, hat sie in der Regel berufliche Einbußen hinzunehmen. Um hier entgegen-

Von
Ruth Witteler-Koch

Die Zahl der Frauen, die nach einer Familienphase wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen, nimmt stetig zu. Daher sind unter den Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf diejenigen besonders wichtig, die es erst einmal ermöglichen, wieder in den vor der Familienphase ausgeübten Beruf zurückzukehren oder in einen neuen Beruf zu wechseln: Beratungsstellen für Berufsrückkehrerinnen; Weiterbildungsangebote während der Familienphase mit Kinderbetreuung und zu familienfreundlichen Zeiten; Kontakthalteangebote der Unternehmen (Ferienvertretung); Ausbau der Zahl der Teilzeitarbeitsplätze und Förderung der Aufstiegsmöglichkeiten von Teilzeitbeschäftigten; Flexibilisierung der Arbeitszeit und vor allem der Ausbau Kinderbetreuungsangebote (Erhöhung der Zahl der Kindergärten, Horte, Krippen, Kindertagesstätten, Aufnahme der Betriebskindergärten in die Landesförderung). Wichtig ist die permanente Überarbeitung der Konzepte für

Von
Marianne Hürten

Indem „mann“ sie erst gar nicht aus ihrem Beruf entfernt! „Mann“ ist es, der eine Hausfrau „braucht“; „mann“ ist es, der bei der Kinderbetreuung kaum mithilft; „mann“ finanziert keine guten und zahlreichen Kinderbetreuungseinrichtungen; „mann“ bezahlt Frauenarbeit so schlecht, daß Zu-Hause-Bleiben für viele attraktiv ist.

Doch bis wir die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwinden haben, gilt es, Berufsrückkehrerinnen effektiv und einfühlsam zu helfen, indem

■ ihnen während einer Familienphase Weiterbildung leicht gemacht wird. Geeignet sind zum Beispiel regelmäßige, kostenlose Blockseminare mit Kinderbetreuung, die Frauen ermöglichen, in ihrem Beruf auf dem laufenden zu bleiben,

■ die Beratung an den Bedürfnissen der Frauen ansetzt. Es sind immer wieder Klagen zu hören, daß die Arbeitsämter mit ihrem Bürokratismus abschrecken. Sie kümmern sich nicht um Hausfrauen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Bestenfalls vermitteln sie irgendein Umschulungsangebot, ohne zu prüfen, ob die Ratsuchenden dort gut aufgehoben ist,

SPD: Erziehungsurlaub muß verlängert werden

dieser Zeit ist finanziell abgesichert. Die von der SPD-Landtagsfraktion beschlossene Schaffung von über 20 000 zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen jährlich wird dazu beitragen, daß der „Ausstieg“ aus der Berufstätigkeit vielleicht nicht mehr in dem heutigen Maße notwendig sein wird.

In dieselbe Richtung zielen Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge, die einen über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden Elternurlaub festschreiben. Langfristig muß für alle ein Elternurlaub von mindestens drei Jahren mit Arbeitsplatzgarantie möglich sein.

Der Landtag hat in der letzten Legislaturperiode den Antrag der SPD „Frau und Beruf“ beschlossen. Jetzt geht es darum, diese Maßnahmen im Interesse der Frauen, die wieder in den Beruf zurückkehren wollen, auszubauen.

CDU: Weitere Anstrengungen sind nötig

genzuwirken, hat die Bundesregierung ein Sonderprogramm zur beruflichen Wiedereingliederung beschlossen, das dem Arbeitgeber Einarbeitungszuschüsse gewährt, der Berufsrückkehrerinnen unbefristet einstellt. Das Beratungsangebot der örtlichen Arbeitsämter und anderen Beratungsstellen ist weiter auszubauen.

Angebote von Schnupperkursen, Umschulung, berufliche Fortbildung, Neuqualifizierung und betriebliche Einarbeitung müssen verstärkt und familienfreundlich angeboten werden. Verstärkte Anstrengungen müssen aber auch die Tarifpartner unternehmen. Flexible Arbeitszeiten, verstärktes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen für Männer und Frauen, mehr Phantasie bei der Gestaltung der Arbeitswelt sind hier gefordert. Einige wenige Firmen haben mit dem Instrument von Frauenförderplänen, die Herausforderungen an eine zukunftsorientierte Personalpolitik bereits erkannt.

F.D.P.: Ausbau der Kinderbetreuungsangebote

Weiterbildung und Wiedereingliederung von Frauen, das gilt sowohl für Angebote im akademischen Bereich, in der öffentlichen Verwaltung und in der Wirtschaft und Industrie als auch für Maßnahmen von Volkshochschulen, Berufsbildungszentren.

Wir Liberalen wollen einen Ausbau der freiwilligen Frauenfördermaßnahmen in allen Bereichen: Wir plädieren dafür, bei der Wiedereinstellung von Frauen deren Fähigkeiten und Kenntnisse, die sie in der Familienphase erworben haben, zu berücksichtigen und anzuerkennen.

Eine große Zahl von Frauen will nach einer Familienphase wieder in ihren Beruf zurückkehren. Es ist aber ein sozialdemokratischer Trugschluß, alle Frauen wieder in den Beruf drängen zu wollen. Für uns Liberale ist es wichtig, nicht über die Köpfe der Frauen hinweg zu entscheiden. Wir wollen daher auch die Anerkennung der Arbeit von Frauen und Männer für die Familie und im Haushalt als Beruf.

DIE GRÜNEN: Effektiv und einfühlsam helfen

■ spezifische Umschulungen und Fortbildungen für Frauen angeboten werden. Zwei Drittel aller Maßnahmen der Arbeitsämter kommen Männern zugute! Umschulungen berücksichtigen die Probleme von Frauen oft nicht: Beispielsweise wenn der Arbeitsbeginn 7.30 Uhr ist, können Frauen mit schulpflichtigen Kindern meist nicht teilnehmen.

■ endlich arbeitssuchende Sozialhilfeempfängerinnen in Arbeitsamts-Planungen mit einbezogen werden. In Gelsenkirchen zum Beispiel sind zwei von drei Sozialhilfeempfängerinnen nicht arbeitslos gemeldet – obwohl die meisten erwerbstätig sein wollen, ■ die „Frau + Beruf“-Beratungsstellen mit einer verlässlichen Finanzierung und den notwendigen Kompetenzen zur flächendeckenden Arbeit ausgestattet werden. Diese Renommierprojekte der Landesregierung funktionieren nur mit vielen ABM-Stellen; dort beraten Arbeitslose Arbeitslose!

Die Grünen wollen ein konsequentes Landes-Anti-Diskriminierungsgesetz, das die Halbheiten des jetzigen Frauenförderungsgesetzes ausräumt.

Landesrechnungshof legte Praxis der Lehrerbedarfsermittlung dar Lehrer-Schüler-Relation gilt trotz kleinerer Klassen

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) begrüßte mehr Klarheit durch die Bestandsaufnahme, aber auch die Notwendigkeit, den Schulalltag genauer zu untersuchen. Die gültigen Berechnungsmethoden deckten offensichtlich den normalen Stellenbedarf nicht ab. Vielmehr geschehe das durch Zuschläge und Sonderkontingente wie den sogenannten „kw-Berg“. Weitere Einstellungen würden nötig. Über 800 Schulklassen in NRW hätten nur bis zu fünfzehn Schüler, bei den Hauptschulen seien es 700. Nach der festgelegten Schüler-Lehrer-Relation müßten diese Schulen weiter geführt werden. Durch zusätzlichen Unterrichtsbedarf (Ganztagschulen, Schulversuche, Ausländerbetreuung) seien 7000, durch Ausgleich (Arbeitszeitverkürzung, Fachleiter, Personalratstätigkeiten) 10000 Stellen, weitere über 9000 „kw“, zusammen 26000 entstanden. Bei aller Mathematik dürften jedoch die pädagogischen Ansprüche nicht vergessen werden.

Herbert Reul (CDU) bezweifelte den Nutzen der ausführlichen Diskussionen, wenn sich

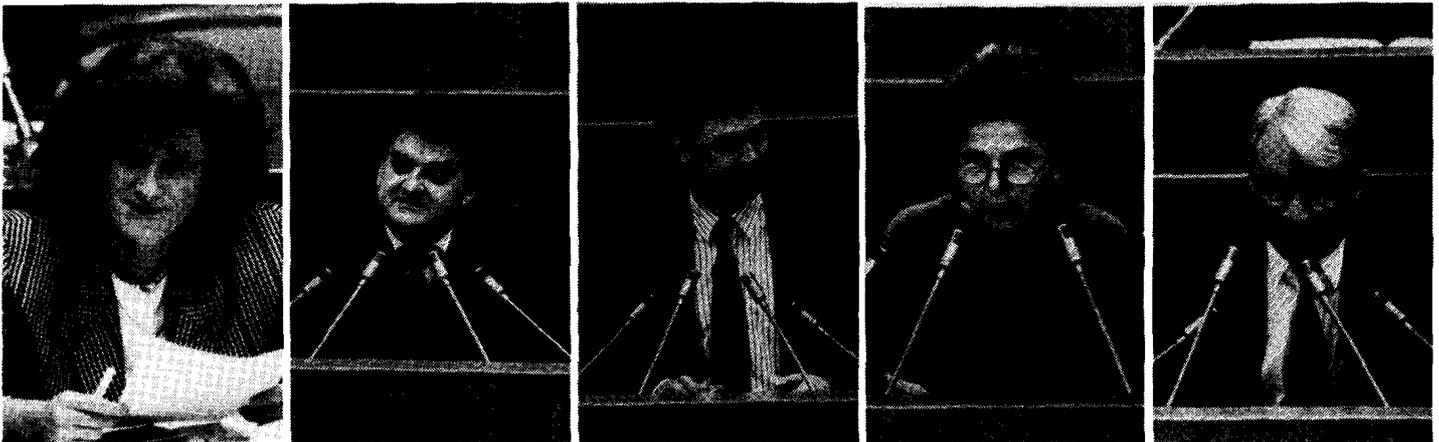
Als „Angelegenheit von besonderer Bedeutung“ debattierte der Landtag am 8. November über die Bestandsaufnahme des Landesrechnungshofes (LRH) über die Praxis der Ermittlung des Lehrerbedarfs (Vorlage 11/103). Kultusminister Hans Schwier (SPD) wies die Vorwürfe der Opposition, in der Schulpolitik versagt zu haben, zurück und auf veränderte Umstände gegenüber der früheren Gesetzgebungslage hin.

sung übe. Die absolute SPD-Mehrheit reiche nicht, um ein grundsätzliches Problem zu lösen. Im übrigen habe der Schulausschuß Anfang 1990 den Minister aufgefordert, bis Ende des Jahres neue systematische Grundlagen für den Lehrerbedarf vorzulegen.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) kritisierte eine völlig unübersichtliche Berechnung, aus der nicht mehr klar hervorgehe, welcher Unterrichtsbedarf eigentlich abgesehen sei. Das habe System. Die Antilehrerinnenkampagne des Ministers sei infam und solle nur ablenken vom staatlich verursachten Mangel. An den Grundschulen gebe es derzeit die Tendenz, daß sich zwei Klassen eine Klassenlehrerin teilen müßten. An den Berufsschulen könne ein Viertel des

Realität verkünden und anschließend klagen, daß beides nicht übereinstimme.

Norbert Giltjes (CDU) meinte, Betroffenheit reiche nicht, Handeln sei angesagt. Die CDU habe diese Wahlperiode wegen der Notlage an den Schulen mit einer Sondersitzung des Ausschusses begonnen. In der Sommerpause hätten Minister und SPD noch zu besänftigen versucht, durch Versetzungen würden alle Einstellungen vollzogen. Glaubwürdigkeit sei verlorengegangen. Weitere Fragen seien nicht mehr beantwortet worden. Die Ministerbeschimpfung der Lehrer schmerze sehr. Trotz eines hochentwickelten Instrumentariums sei die Regierung nicht in der Lage, die Schulen in NRW personell auszustatten. Gemessen an anderen Bundesländern müßten in NRW 14000 Leh-



Schulpolitiker aller Fraktionen sehen Handlungsbedarf, die Stellenbewirtschaftung angesichts veränderter Schüler- und Lehrerzahlen vorausschauend zu optimieren, v.l. Gisela Meyer-Schiffer (SPD), Herbert Reul (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.), Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN), Kultusminister Hans Schwier (SPD). Fotos: Schüler

nichts ändere. Sieben Jahre Irrungen und Wirrungen in der Unterrichtsversorgung würden durch den Landesrechnungshof bestätigt. Ab 1988 gebe es Ablenkungsmanöver, jetzt eine spektakuläre Lehrerschelte und den ungeordneten Rückzug im Schulausschuß. Flächendeckend Ganztagschulen zu fordern, während in Sonderschulen nicht einmal Ganztagsunterricht organisiert werden könne, sei Ablenkung. Die Regierung sei zu einer Wiederaufbereitungsanlage für Probleme geworden, gelöst werde nichts. Die Hinweise des LRH seien eine Bankrotterklärung für den Minister. Klassengrößen seien festgelegt, der Lehrerbedarf werde nach anderen Merkmalen berechnet. Es müsse nun entweder Unterrichtsgarantie oder Sparen auf Kosten der Kinder geben. Ein mehrjähriges Konzept müsse auch bildungspolitische Entscheidungen enthalten.

Andreas Reichel (F.D.P.) beurteilte die LRH-Bestandsaufnahme als Ohrfeige für den Minister, deutlicher könne Inkompetenz nicht ausgedrückt werden. Das Mißmanagement trete an Schulen besonders kraß zutage. Es sei im übrigen nicht das erste Mal, das der LRH Kritik an der Lehrzuwei-

Stundensolls in den allgemeinen Fächern nicht erfüllt werden, trotzdem werde mangelndes Können kritisiert. Die im Landtag vorgeführten Folgen für Behinderte seien ein Trauerspiel. Klassengrößen und Differenzierung dürften nicht zu Restgrößen im Landeshaushalt werden. Mittelfristig müsse Schulpolitik Vorrang haben, die SPD stehe am Scheideweg.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erinnerte daran, daß bis Anfang der 80er Jahre Lehrermangel einerseits und starker Schüleranstieg andererseits zum heutigen System geführt hätten. Fächerspezifische Bedarfsermittlung sei für ein paar Jahre möglich, die Lehrer blieben jedoch 35 Jahre lang im Amt. Im Haushalt seien die Lehrer Ausgaben die größte Einzelposition, keine Restgröße. Die Bestandsaufnahme des LRH gehöre zur gesamten, vom Landtag beschlossenen Organisationsuntersuchung der Personalwirtschaft. Beim Abschmelzen des Lehrerbergs durch zurückgehende Schülerzahlen habe man tüchtigen Lehrern besondere Aufgaben übertragen, wobei Vorzügliches geleistet worden sei. Die Opposition dürfe nicht Wünschbares als

rer zusätzlich eingestellt werden. Statt zu handeln, werde ein teures Gutachten bestellt, und der SPD-Arbeitskreis halte die Regierung im Klammergriff.

Ernst Walsken (SPD) stellte als Finanzpolitiker fest, der Bericht des LRH enthalte keine Munition für die Forderung neuer Stellen durch die Opposition. Der LRH habe die Diskrepanz von 20 Prozent Zuschlägen aufgegriffen, ferner dargelegt, daß in früheren Jahren Lehrereinstellungen gegenläufig zum Schülerrückgang vorgenommen wurden, aufgrund neuer pädagogischer Ziele, die vom Parlament vorgegeben seien. Auf der einen Seite gebe es jetzt einen Überhang an Lehrern, auf der andern Probleme für Mangelfächer. Versetzungen seien zu einem teuren Problem geworden. Insgesamt sei der Bericht des LRH eine Fundgrube für neue Schritte.

Rudolf Wickel (F.D.P.) stellte fest, die Schüler-Lehrer-Relation sei eine Formel für den Lehrermangel gewesen und passe heute nicht mehr. Der Finanzminister wolle weniger Lehrer, aber die Schülerzahlen würden

Fortsetzung Seite 4

Welt-AIDS-Tag: Dringender Appell an die Männer

Die Landesregierung soll im Rahmen ihres Programms zur Bekämpfung von AIDS den besonderen Problemen von Frauen Rechnung tragen. Der Landtag verurteilt das oft rücksichtslose Verhalten von Männern und spricht sich gegen den Sextourismus in die Länder der Dritten Welt aus. Das sind Sätze aus der von der SPD vorgelegten Resolution zum Welt-AIDS-Tag 1990 (Drs. 11/617), die der Landtag am 8. November verabschiedet hat. Ein Änderungsantrag der GRÜNEN, in dem eine stärkere Förderung der Selbsthilfegruppen verlangt wurde, fand dagegen keine Mehrheit.

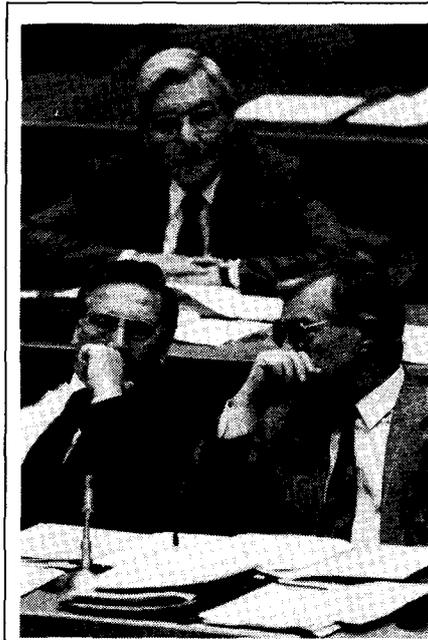
Bodo Champignon (SPD) kritisierte, daß es immer noch nicht selbstverständlich sei, „daß Männer sich und damit auch ihre Partnerinnen verantwortlich schützen“. Unter Frauen entwickle sich eine unerwartet hohe Betroffenheit. Der Abgeordnete lobte die Anti-AIDS-Politik der Landesregierung, die weiterhin auf die drei Säulen Aufklärung, Prävention und verantwortungsbewußtes geschütztes sexuelles Verhalten setze. Diese Politik sei beispielhaft.

Regina van Dinther (CDU) unterstützte den Antrag der SPD. Es gebe zwar viel Aufklärung, die Zahl der HIV-Infizierten steige aber immer noch. Darum müsse die Beratung und Betreuung von Risikogruppen intensiviert werden. HIV-infizierte Frauen trügen eine besondere Verantwortung, Schwangerschaften zu verhüten.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) hielt den Schwerpunkt in diesem Jahr für richtig: Die Zahl HIV-infizierter Frauen nehme zu. Da es noch kein Hilfsmittel oder Impfstoffe gegen AIDS gebe, müsse weiter agiert und nicht nur reagiert werden. Die Aufklärungskampagne der Bundesregierung sei zu begrüßen. Ihre Fraktion stimme der Resolution der SPD zu, weil darin besondere Maßnahmen zum Schutz der Frauen gefordert werden. Man sehe aber auch nichts Schädliches im Ergänzungsantrag der GRÜNEN.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) vermißte im SPD-Antrag konkrete Aussagen zur Situation HIV-infizierter Frauen; ein Appell an die Männer sei zwar löblich, aber wirkungslos. Die Bedingungen zum Selbstschutz von Prostituierten seien nur zu verbessern, wenn man Prostitution enttabuisiere und als sozialversicherungspflichtigen Dienstleistungsberuf anerkenne. Auch das Infektionsrisiko von Drogenabhängigen sei nur über eine Entkriminalisierung des Drogengebrauchs zu erreichen.

Gesundheitsminister Hermann Heine-mann (SPD) kündigte die Ausweitung des Methadon-Programms auf drei weitere Städte im Lande an. Die Unterstützung der AIDS-Hilfen durch die Landesregierung werde als vorbildlich anerkannt. Man werde das besondere Thema des diesjährigen AIDS-Tages durch besondere Aktionen, Maßnahmen und Werbemittel aufgreifen. Kritik übe der Minister an pharisäerhafter Haltung, wie sie etwa in der Auflage zum Abbau eines Einwegspritzenautomaten in Dortmund zum Ausdruck komme.



Momentaufnahme im Plenum: (v. r.) Finanzminister Heinz Schlußer und Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (beide SPD), Dahinter der Staatssekretär im Finanzministerium, Dr. Rolf-Heinz Haacke. Foto: Schüler

F.D.P.-Antrag Neuordnung

Schwier schlägt vor: Ferienbeginn in der Wochenmitte

Der F.D.P.-Vorschlag, kleinere Ferien im Jahreszeitraum zu verlängern (Drs. 10/573 mit weiteren Änderungsgedanken) fand wenig Zustimmung bei den übrigen Fraktionen. Minister Schwier informierte das Plenum über seine Vorschläge zur Neuordnung.

Andreas Reichel (F.D.P.) sah in der Neuordnung der Ferienzeiten als Folge der deutschen Einigung einen guten Reformansatz. Die Entzerrung des Verkehrschaos könne zur Entlastung der Verkehrswege beitragen. Die Vorschläge der F.D.P. zielten auf eine Kernferienzeit, Verschiebung zwischen Rheinland und Westfalen, Verlängerung der kleinen Ferien, allerdings zu Lasten der Weihnachts- und Osterferien ab. Dazu solle die Bevölkerung gefragt werden.

Herbert Heidtmann (SPD) bezeichnete das Thema als nicht vordringlich zur Lösung der Verkehrsprobleme. Am letzten Wochenende habe er Staus bis zu 215 Kilometer gezählt. Der Ferienantrag gehe an der Hauptsache vorbei. Dem Beitritt der fünf neuen Länder trage die neue Ferienordnung bis 1994 bereits Rechnung. Eltern, Lehrer und Schüler wollten Ferien in großen Blöcken, auch Touristikunternehmen seien gegen zu große Stückelung. Ein Aufwand ähnlich einem Volksentscheid diene nur dazu, das Versagen der Politik der „Freien Fahrt“ zu kaschieren. Häufigere Ferien bedeuteten nur häufigeren Stau.

Heinrich Meyers (CDU) erinnerte an den Grundsatz der Ministerpräsidenten, Ferien nach pädagogischen Gesichtspunkten festzulegen. Von „Skiferien“ machten in NRW

Lehrerbedarf...

Fortsetzung von Seite 3

bis zum Jahr 2005 konstant weiter steigen. Der Kultusminister werde zwischen Schul- und Finanzpolitikern gejagt. Die SPD-Politik der vollen Hände für Lieblingsideen räche sich. Der Status quo müsse zurückverlangt werden, die Kinder den Unterricht bekommen, der ihnen zustehe. Sie dürften nicht für ideologische Politik büßen müssen.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) bedauerte, die Bildungspolitik habe in NRW keine Lobby. Die Ausgaben für Schule seien im Haushalt drastisch zurückgegangen, ihre Fortschreibung hätte einen Spielraum von 10000 Lehrern bedeutet. NRW sei Spitze von unten, wenn erteilte Unterrichtsstunden verglichen würden. Die kw-Stellen müssten gestrichen werden, mittelfristig rechne der LRH mit 20000 mehr Stellen in zehn Jahren. Die Finanzen müssten bereitgestellt werden, alles andere sei unehrlich.

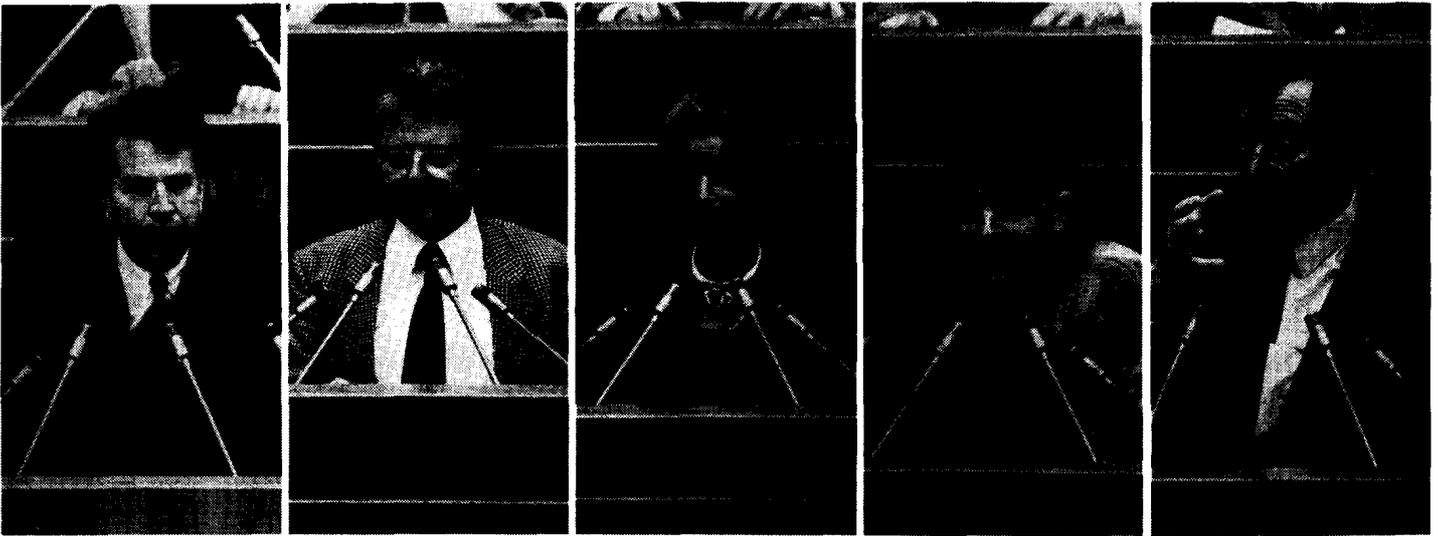
Karl-Heinz Brülle (SPD) monierte, in der Debatte nehme sich jeder aus dem LRH-Bericht wie aus einem Warenhauskatalog etwas heraus. Man müsse aber den Gesamtzusammenhang sehen. Unbestritten sei die gegenwärtige Bedarfsermittlung mangelhaft. Auch müssten Entlastungsstunden abgebaut werden, in Baden-Württemberg nenne der Rechnungshof ganz konkret dazu Tatbestände. Deren hohe Zahl mache in NRW ein jährliches Finanzvolumen von 660 Millionen Mark aus. Im Ausschuß solle die Chance weiterzukommen genutzt werden.

Hartmut Schauerte (CDU) bat um einen Vorabdruck der Rede von Ernst Walsken (SPD) in größerer Stückzahl zur Verteilung an interessierte Bürgerinnen und Bürger. Die Präsidentin hielt dagegen alle Beiträge für gleich wichtig, das gesamte Protokoll sei schnellstmöglich zu fertigen.

nur zwei bis vier Prozent der Bürger Gebrauch. Ausreichende Weihnachtsferien müsse es nicht nur aus Energie-, sondern auch aus Glaubensgründen geben. Eine Unterteilung der Wirtschaftsräume werde vom Wirtschaftsminister als Störung betrachtet. Die Befragung werde nur Kosten verursachen.

Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) sprach dem Antrag verkehrspolitische Gründe ab, da in diesem Jahr zum Ferienbeginn zäher Verkehrsfluß, zum letzten verlängerten Wochenende jedoch Stillstand quer durchs Land registriert worden sei. Stau sei Alltags-erlebnis, kein Ferienproblem. Skiferien seien nur ein Wunsch sportlicher Eltern, die nicht wie Singles nach Lust und Laune, sondern nur in den Sommermonaten verreisen könnten.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) teilte mit, er habe in der Kultusministerkonferenz die Beibehaltung des Prinzips mit geändertem Ferienbeginn zwischen 15. Juni und 15. September in der Wochenmitte und vorgeschlagen, dem NRW-Ferienbeginn einen 14-Tage-Abstand vor anderen Ländern einzuräumen. Das Touristikgewerbe solle flexiblere Buchung einführen.



Keine Mehrheit für Empfehlung, das Grundgesetz zu ändern: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Jürgen Jentsch (SPD), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.), Roland Appel (DIE GRÜNEN) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).
Fotos: Schüler

CDU warnt vor Asylmißbrauch

SPD, F.D.P. und DIE GRÜNEN lehnen Änderung des Grundgesetzes erneut ab

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen hat bei der Debatte über den Antrag seiner Fraktion „Für Grundrecht auf Asyl — Gegen Asylmißbrauch: Zustimmung zur Gesetzesinitiative des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat zur Änderung des Grundrechtes auf Asyl“ die SPD aufgefordert, im Bundesrat einer Änderung des Grundrechtes auf Asyl zuzustimmen. SPD, F.D.P. und DIE GRÜNEN wiesen eine Grundgesetzänderung erneut zurück. Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sprach sich für eine Zuwanderung bestimmter Gruppen aus. Eine Kontingentierung könnte nach seiner Ansicht dafür sorgen, daß nicht alle Menschen gleichzeitig kämen. Der CDU-Antrag (Drs. 11/610) wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte: „Das Boot ist voll. Der Asylbetrug muß ein Ende finden.“ Die SPD in diesem Lande sei dafür mitverantwortlich, daß es im Bundesrat und Bundestag bisher nicht zu einer Mehrheit für die Reform der Asylpolitik gekommen sei. Die täglichen Hilferufe von Städten und Gemeinden an die Landesregierung würden immer lauter und dringlicher. Linssen forderte die SPD-Fraktion auf, sich doch einmal umzuhören, was gerade ihre SPD-Stadtoberhäupter im Ruhrgebiet von dem anachronistischen Festhalten an einer Fundamentalopposition wider alle Vernunftlösungen hielten. Die SPD habe die Forderung der CDU und NRW, das Asylgrundrecht zu ändern, um den unhaltbaren Mißbrauch des Asylrechts zu verhindern, bisher beharrlich abgelehnt. Die SPD habe das Land NRW in ein Asylchaos geführt, das einzigartig sei. Die Asylbewerberzahl steige, und die Anerkennungsquote werde immer

geringer. Der derzeitige massive Mißbrauch des Asylrechts strapazierte die Aufnahmebereitschaft der gutwilligsten Bürger. Der Asylmißbrauch überfordere die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Das Asylproblem sei in erster Linie ein Zugangsproblem und erst in zweiter Linie ein Verwaltungs- und Abschiebeprobem. Wenn sich die SPD weiterhin einer Grundgesetzänderung verweigere, erschüttere sie die Glaubwürdigkeit der Politik. Der Fraktionschef unterstrich, auch eine finanzielle Unterstützung der Länder, aus denen Asylbewerber kämen, könne eine vernünftige Asylpolitik in der Bundesrepublik nicht ersetzen.

Jürgen Jentsch (SPD) betonte, hier werde „in unverschämter Weise“ Wahlkampf auf dem Rücken der Ärmsten der Armen ausgetragen. „Ein trauriges Bild christdemokratischer Politik!“ Der Abgeordnete erinnerte daran, Ziel der Baden-Württemberger sei doch die Änderung des verfassungsrechtlich garantierten Grundrechts auf Schutz bei politischer Verfolgung. „Wir Sozialdemokraten stehen ein für die Beibehaltung des Artikels 16 Grundgesetz.“ Wer politisch verfolgt werde, der werde auch in Zukunft nicht abgewiesen. Richtig sei, daß „die uns allen bekannten Probleme im Asylbereich“ bewältigt werden müßten. Nur eine Änderung des Grundgesetzes sei dafür nicht der richtige Weg. „Wir Sozialdemokraten stellen uns unserer humanitären Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen gerade auch in Zeiten großer Flüchtlingsströme.“ Man brauche andere Maßnahmen, um den Zuzug von Asylbewerbern zu regeln. Dabei bleibe der wichtigste Schritt die Beseitigung der Ursachen der Flüchtlingsströme. „Wir sind auch gegen Asylmißbrauch“, merkte der Abgeordnete an. Um einem Mißbrauch vorzubeugen, halte man andere Maßnahmen für geeigneter. Dazu habe NRW im Bundesrat einen eigenen Gesetzesantrag eingebracht, der zur weiteren Beschleunigung des asylrechtlichen Verfahrens beitragen werde.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) vermutete, daß es sich beim CDU-Antrag um einen „Antrag im Rahmen des Bundestagswahlkampfes“ handele. „Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Wir werden Ihrem Antrag nicht zustimmen“, betonte die Abgeordnete. Die F.D.P. habe eindeutig gesagt, für schon in der Bundesrepublik Deutschland befindli-

che Flüchtlinge sollten Rückkehrprogramme und Reintegrationshilfen angeboten werden. Auch in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge gekommen seien, müsse darauf hingewiesen werden, daß man in der Bundesrepublik nicht alles Elend der Welt lösen könne. „Wir sind der Meinung, daß in den Herkunftsländern sehr viel intensiver darüber informiert werden muß, daß Personen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, keine Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt haben“, sagte die Abgeordnete. Die F.D.P. bekräftigte die Entscheidung der Verfassung, daß politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Asylrecht genießen. „Daran halten wir fest!“ Die F.D.P. sei ferner der Meinung, daß in Ruhe über die inhaltliche Harmonisierung des europäischen Asylrechts auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und der Entscheidung des Europaparlaments nachgedacht werden müsse.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) warf der CDU vor, sie rede bei Flüchtlingen von Asylmißbrauch. Sie tue das in ausländerfeindlicher Absicht. Der Zweck sei klar: Die CDU möchte den Unmut der Bevölkerung über die sozialen Mißstände in der Bundesrepublik ablenken. Diese sozialen Mißstände bestünden in erster Linie in Wohnungsmangel, in Mietwucher und in der Dauerarbeitslosigkeit. Das, was sie hier tue, sei nicht nur bewußtes Schüren der Ausländerfeindlichkeit, dieses sei ausländerfeindliche „Schönhuberei“. Der Abgeordnete meinte weiter: „Wir freuen uns, daß die SPD-Landesregierung wenigstens zum Grundrecht auf Asyl steht. Aber treten Sie auch der ausländerfeindlichen Hetze in diesem Lande stärker entgegen.“

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) stimmte zu, man habe es mit einem Zugangs- und nicht mit einem Abschiebeprobem zu tun. In diesem Jahr rechne man mit 200 000 Asylbewerbern. Darunter befänden sich nicht nur Bewerber, denen das Asylrecht zustehe oder die aus anderen Gründen bleiben dürften. Das sei richtig. Aber neben 200 000 Asylbewerbern kämen in diesem Jahr rund 800 000 Aussiedler oder Zuwanderer aus der früheren DDR hierher. Die Gemeinden müßten alle unterbringen. Deswegen dürfe man nicht alle Probleme
Fortsetzung Seite 6

Keine Mehrheit für Überweisung des Gesetzentwurfs

Neuer Schlüssel für die Aufnahme von Flüchtlingen und Aussiedlern

In erster Lesung hat der Landtag am 7. November den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG, Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 11/555) beraten. Mit dem Gesetz will die Landesregierung eine gleichmäßigere Belastung der Kommunen erreichen und das Verteilungsinstrumentarium für Aussiedler und Flüchtlinge weiterentwickeln. Nach kontroverser Diskussion wurde im Plenum die für die Überweisung an die Ausschüsse nötige Mehrheit verfehlt. Nach Sitzungsunterbrechung und Beratung im Präsidium erklärte Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, daß in einer zweiten Abstimmung über den Gesetzentwurf als Ganzes entschieden werden solle. Daraufhin verließen die drei Oppositionsfraktionen CDU, F.D.P. und GRÜNE geschlossen den Plenarsaal; der Landtag war mit 115 anwesenden SPD-Abgeordneten beschlußunfähig. Vizepräsident Klose hob die Sitzung auf. Nach einer Absprache im Ältestenrat wird der in der Abstimmung gescheiterte Gesetzentwurf auf der für den 13. November 1990 anberaumten 12. Sitzung neu eingebracht.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) umriß die geplante neue Regelung so: Bisher sei das Aufnahmesoll der Gemeinden ausschließlich anhand des Einwohner-schlüssels errechnet worden; nun werde in angemessener Weise der Flächenanteil mitberücksichtigt. Der neue Schlüssel berechne sich zu 90 Prozent aus dem Einwohner- und zu zehn Prozent aus dem Flächen-schlüssel. Es sei Ziel, extreme Engpässe in den Ballungsräumen auszugleichen, aber es sei „Quatsch“, von einer „Asylantenflucht in die Dörfer und Kreise als Stimmungsventil vor den schrillen Tönen des Ruhrgebiets“ zu reden.

Siegfried Jankowski (SPD) bezeichnete den bisherigen Einwohnerschlüssel als zu grob, es mache Sinn, auch die Gemeindefläche in einem gewissen Umfang bei der Zuteilung zu berücksichtigen. Durch eine solche gleichmäßige Verteilung könne eine überdurchschnittliche Verschärfung der Probleme verhindert werden. Eine echte Entspannung sei aber erst zu erwarten, wenn die Not der Menschen in ihren Herkunftsländern wirksam bekämpft werde.

Hermann-Josef Arentz (CDU) nannte den Gesetzentwurf völlig ungeeignet, verfassungsrechtlich bedenklich „und durch die Gleichsetzung von deutschen Aussiedlern mit Asylanten staatspolitisch unerträglich“. Es sei nichts anderes, „als der verzweifelte Versuch, das bis in die letzte Gemeinde erlebbare Scheitern der Asylpolitik der Landesregierung zu vertuschen“. In Wirklichkeit wolle der Minister, „daß die bis auf den heutigen Tag vom Staat in brutaler Weise unter-

drückten und über viele Jahre hinweg gequälten Deutschen aus Rumänien nicht mehr das Recht hätten, hierher nach Deutschland zu kommen“. Es sei ein unerhörter Vorgang, Artikel 116 des Grundgesetzes abschaffen zu wollen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) bezeichnete es als „skurril“, Asylbewerber in „Naturschutzgebieten, Wäldern und auf für die Landwirtschaft vorgesehenen Äckern als in irgendwelchen Gebäuden“ unterbringen zu wollen. Es sei ein untauglicher Versuch, denn die kleinen Gemeinden könnten nicht leisten, was jetzt auf sie zukomme. Offenbar sei der Entwurf der Versuch der Landesregierung, die Politik Lafontaines faktisch zu unterstützen. Auch größere Gemeinden seien überfordert; die einzige Lösung seien Sammelunterkünfte in Regie des Landes und die konzentrierte und zügige Behandlung der Asylgesuche. Auch er wandte sich gegen die Gleichsetzung von Aussiedlern und Asylbewerbern. Der Minister sei auf die kommenden Probleme aufmerksam gemacht worden, seine einzige Antwort sei gewesen: „Wir werden das nicht bewältigen.“ Das sei das Gegenteil von Politik, sich hinzusetzen, zu schimpfen und nichts zu tun.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) nannte andere Gründe der Ablehnung: Geplantes Unrecht solle festgeschrieben werden, den Kommunen nur noch die „notwendigen“ Sozialkosten für Asylsuchende erstattet werden. Dennoch sollten diese volle Regelsätze abrechnen können. Das sei rechtswidrig. DIE GRÜNEN forderten, Asylsuchenden Sozialhilfe nach gleichen Richtlinien wie Deutschen zu gewähren. Flüchtlingspolitik dürfe Asylsuchende nicht wie Menschen zweiter Klasse behandeln. Großer Teil der SPD seien ebenfalls gegen die Kürzung von Sozialhilfe als Mittel der Zugangsbeschränkung. Mit restriktiven Maßnahmen dieser Art würden nur Begehrlichkeiten geweckt, die weitere Restriktionen zur Folge hätten.

Wolfram Kuschke (SPD) wies Angriffe auf die NRW-Asylpolitik zurück und hielt gemeinsames Eintreten der Fraktionen für angezeigt. Die CDU-Gegenerschaft gegen gerechtere Verteilung der Asylsuchenden sei unverständlich, auch habe ihr Redner diese mit Aussiedlern und Wirtschaftsflüchtlingen in einen Pott geworfen, was weder mitmenschlich noch christlich sei. Im Sinne von mehr Gerechtigkeit müßten Ballungsgebiete und große Städte entlastet werden. Eine Lösung des gesamten Problems von Einwanderung sei mit dem Gesetz nicht beabsichtigt.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) ergänzte, mit politischem Druck gegen Sammelunterkünfte durch Einzelne komme man nicht weiter. Unverschämt sei die Behauptung, die SPD habe die Einheit nicht gewollt. Vielmehr engagiere er sich bis jetzt für Steuererhöhungen, um die Kosten für die Einheit aufzubringen. Aussiedlerfeindlichkeit stärke jene, die diese zum politischen Programm machten. Ohne eine gesetzliche Neuregelung müßten viele Kommunen Aus- und Übersiedler über ihr Aufnahmevermögen hinaus ansiedeln.



Der belgische Generalkonsul Dr. Louis De Clerck verläßt Düsseldorf. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat ihn zum Abschied im Landtag empfangen. Foto: Schüler

Grundgesetz...

Fortsetzung von Seite 5

immer auf die Asylbewerber schieben. Zu dem Antrag Baden-Württembergs, den die CDU vorgelegt habe, meinte der Minister, er könne sich nicht vorstellen, daß die CDU ihn ernsthaft in dem Glauben gestellt habe, die Mehrheit des Hauses würde ihm zustimmen. Zudem sei mit Stimmen von CDU-regierten Ländern der Antrag Baden-Württembergs im Bundesrat abgelehnt worden. Ganz abgesehen davon, habe er auch von der Bundesregierung bisher noch keinen offiziellen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes gehört. Schnoor stellte klar, Änderung von Rechtsvorschriften, Änderung der Verfassung möchten manches im Verfahren erleichtern. Das wolle er nicht bestreiten. Aber sie lösten das Problem an der Wurzel nicht. Mit großem Nachdruck betonte der Minister, wenn nicht alle westeuropäischen Staaten, die leistungsfähig seien, nicht nur die in der EG, auch alle anderen, hier endlich anfaßen und versuchten, Strukturhilfe in den Elendsländern zu leisten, dann werde man noch Schlimmes erleben.

Dr. Helmut Linssen (CDU) vertrat die Meinung, daß man auch in Wahlkampfzeiten versuchen sollte, das Instrument der Grundgesetzänderung mit heranzuziehen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) sagte: „Ich bin gegen die Debatte über die Änderung des Grundgesetzes. Ich halte sie für schädlich.“

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) betonte: „Ein gefährliches Spiel ist das, meine Damen und Herren von der CDU, weil auf diese Weise nicht Probleme gelöst, sondern Stimmungen gemacht und aufgepeitscht werden.“ Die CDU rede ständig von Scheinasylanten und Asylmißbrauch. „Haben Sie sich wirklich einmal mit Flüchtlingsschicksalen auseinandergesetzt?“, fragte Vesper.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) unterstrich: „Den größten Teil derjenigen, die uns wirklich Probleme machen, haben wir in Leuten, die tatsächlich weder einen Asylgrund haben noch unter diese Bestimmungen der Flüchtlingskonvention fallen.“ Lanfermann verwies dabei auf die Menschen aus Polen. Sie wüßten ganz genau, daß das sogenannte Ostblockprivileg schon seit längerem entfallen sei.

GRÜNE verlangen endgültiges Aus für den „Schrottreaktor Würgassen“

Auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN hat sich der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit der „Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Würgassen“ befaßt. Während die Antragsteller den „Schrottreaktor“ als Sicherheitsrisiko darstellten, verteidigten Landesregierung und SPD die Genehmigung zum Wiederanfahren als nach Recht und Gesetz erteilt. CDU und F.D.P. riefen die Sozialdemokraten zur Abkehr von ihrem Ausstiegskurs auf.

Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) legte dar, in der Nähe des Reaktors sei von mehr Leukämiefällen auszugehen als im Bundesdurchschnitt, es bestehe auch Verdacht eines gehäuften Auftretens von Hirn- und Nierentumoren. Der Reaktor habe zahlreiche Mängel, er sei nicht gegen Erdbeben und Flugzeugabstürze gesichert, sei extrem brandgefährdet und verfüge nicht über die verschiedenen voneinander unabhängigen Sicherheitssysteme. Die Abgeordnete: „Von diesem Atomkraftwerk geht also eine erhebliche Gefährdung aus. Wer das Wohl der Bevölkerung im Auge hat und nicht das der Atomindustrie, der nimmt einen derartigen Reaktor vom Netz und läßt ihn nicht wieder anschalten.“

Rudolf Apostel (SPD) warf den Grünen vor, den Eindruck erwecken zu wollen, „als gäbe die Sach- und Rechtslage die Möglichkeit zur Stilllegung von Würgassen her“; dabei sei man nicht kleinlich, es werde „verbogen“ und diffamiert. Die SPD mache kein Hehl

Aber DIE GRÜNEN beschwören „nur in der Theorie bestehende Fallwahrscheinlichkeiten, Irrealitäten als Realitäten und den unbeweisbaren Verdacht von der Häufung von Krankheitsfällen im Umkreis von Reaktoren“. Statt abzuschalten sollte man lieber über ein weltweites Energieversorgungs-konzept nachdenken.

Hagen Tschöeltsch (F.D.P.) begrüßte die Wiederinbetriebnahmeentscheidung der Landesregierung, monierte aber, daß der Antrag zur Verbesserung der Betriebssicherheit, den der Betreiber gestellt hatte, ein Jahr lang bei der Landesregierung un bearbeitet herumgelegen habe. Ein ernsthafte Auseinandersetzung mit dem GRÜNEN-Antrag erübrige sich: „Wer Steinkohle-, Braunkohle-, Kernkraftwerke ablehnt, wer also alle Kraftwerke ablehnt, die einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen leisten, schließt sich selbst aus einer ernsthaften und seriösen Erörterung der anstehenden Fragen aus.“ Die SPD sollte ihren Standpunkt noch einmal überdenken, deutsche Kernkraftwerke seien die sichersten der Welt.

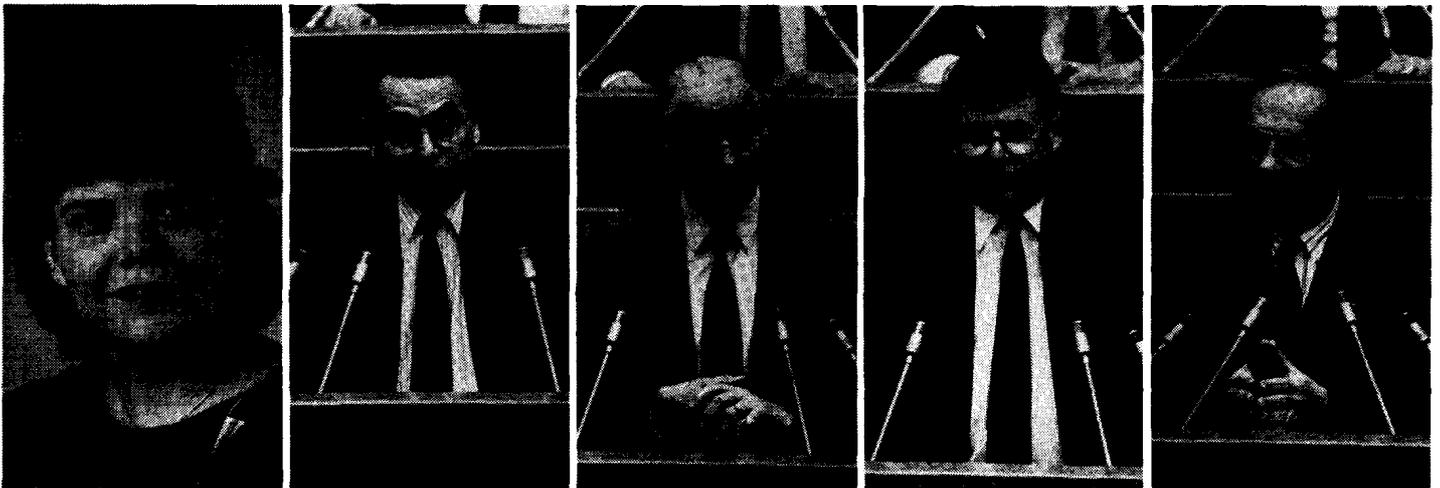
Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) warf der SPD vor, sie spreche am meisten über die Anti-Atompolitik, tue aber am wenigsten dafür. Die vorübergehende Stilllegung von Würgassen sei billiger Wahlkampf gewesen. Angesichts der vielen Mängel des Reaktors hätte man durchaus zu einem endgültigen Stilllegungsbeschluß finden können. Wür-

gung“, die für den Genehmigungsminister nicht maßgeblich sein könne.

Antonius Rösenberg (CDU) hielt die Grünen nicht für lernfähig, wenn sie weiterhin entgegen der Meinung von Gutachtern und Experten solche „Horrorszenarien“ verbreiteten. Es gebe keine statistisch gesicherten Hinweise auf häufigere Leukämieerkrankungen an Standorten kerntechnischer Anlagen; Störfälle würden einfach summiert, ohne sich um die Ursachen zu kümmern. Er wohne in 25 Kilometer Entfernung vom Kernkraftwerk und habe immer noch den Mut, nach Hause zu fahren.

Ernst-Otto Stüber (SPD) führte die Anstrengungen der SPD an, aus der Kernkraft auszusteigen und etwa die Betreiber zur „dynamischen Schadensvorsorge“ zu verpflichten. Nachdem der Bundesrat zugestimmt habe, sei jetzt die Bundesregierung am Zuge. Das Land NRW werde Würgassen auf Flugzeugabstürze untersuchen lassen, der Entwurf eines Werkvertrags mit entsprechenden Gutachtern liege bereits vor. Er sei sich aber nicht sicher, ob Bonn schon die erforderliche Zustimmung gegeben habe.

Laurenz Meyer (CDU) stellte klar, daß nach dem Atomgesetz jederzeit, „wenn Gefahrenmomente erkannt sind und es dafür Möglichkeiten zur technischen Abwicklung gibt“, Änderungen erzwungen werden können. Nur „Träumer“ könnten glauben, eine drastische Verminderung von Kohlendioxidemis-



Entgegengesetzte Meinungen zur Sicherheit des Kernkraftwerks Würgassen an der Weser (v. l. n. r.): Dr. Katrin Grüber (GRÜNE), Rudolf Apostel (SPD), Hans-Karl von Unger (CDU), Hagen Tschöeltsch (F.D.P.) und Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD).
Fotos: Schüler

darus, daß sie die Kernkraftnutzung beendet sehen möchte, allerdings sei die Rechtsstaatlichkeit durch diese politische Absicht nicht in Zweifel zu ziehen. Darum müsse, solange Kernenergie noch genutzt werde, unabhängig von der politischen Haltung zur Kernenergie Sicherheit oberstes Gebot sein. Im übrigen wünsche sich die SPD eine politische Mehrheit für die Änderung des Atomgesetzes.

Hans-Karl von Unger (CDU) wies das Argument von der mangelnden Sicherheit ohne Einschränkung zurück, nicht einmal ein Gefahrenverdacht bestehe mehr. Die Strahlendichte des Kraftwerks liege unterhalb der von „Kohlekraftwerken, italienisch gekachelten Badezimmer und dem Urgestein von Menzenschwand im Schwarzwald“.

gassen sei der älteste Reaktor und entsprechende nicht dem Stand der Technik.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) forderte bei der Debatte „etwas mehr intellektuelle Redlichkeit“ ein und sagte: „Ob mir diese Vorschriften passen oder nicht: Ich habe mich nun einmal nach einem Atomgesetz aus der Zeit Ende der 50er Jahre zu richten. Alle Versuche, das zu verändern, sind bisher an mangelnden Mehrheiten gescheitert.“ Nachdem die bemängelten Fehler beseitigt worden seien, „war die Aufsichtsbehörde nach den atomrechtlichen Vorschriften verpflichtet, das Wiederanfahren des Kernkraftwerks Würgassen zuzulassen“. Daß es möglich sei, auf der Basis des geltenden Rechts die Betriebsgenehmigung zu entziehen, bezeichnete er als „Privatmei-

sionen sei ohne die Kernkraft erreichbar. Solche Fehler aber könnten die Grünen nur machen, wenn eine andere große Partei, wie etwa in Niedersachsen, bereit sei mitzumachen. Meyer sprach sich für einen neuen Konsens in der Energiepolitik für das Land aus.

Loke Mernizka (SPD) wandte sich an die Grünen: Er lasse sich in seiner politischen Tätigkeit gegen die Nutzung der Atomkraft von keinem überbieten. Es sei aber festzustellen, daß sich der Umstand einer Mehrheit der Bevölkerung gegen die Nutzung der Atomkraft bisher nicht in Wählerstimmen geäußert habe. Die Auswirkungen von Tschernobyl, die jetzt erst ans Licht kämen, könne man sich in einem so dicht besiedelten Land wie NRW überhaupt nicht leisten.

Lage an Hochschulen: Opposition sieht „dramatische Zuspitzung“ und fordert Maßnahmen

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion hat der Landtag am 7. November über die „dramatische Zuspitzung der Studiensituation an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens“ im Rahmen einer Aktuellen Stunde gesprochen.

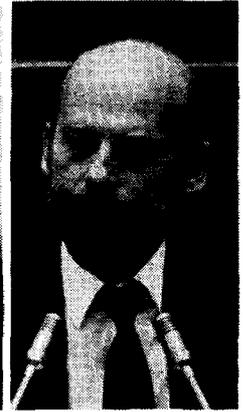
Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) monierte, seit acht Jahren seien die Finanzmittel des Landes für den Bereich der Lehre praktisch unverändert geblieben, real bedeute dies eine Verschlechterung der Situation. Seit 1980 habe sich die Zahl der Studierenden um 50 Prozent erhöht, dem stehe eine entsprechende Anhebung der Mittel aber nicht gegenüber. Das liege daran, daß sich die Wissenschaftspolitik im Lande nicht gegenüber der Finanzpolitik durchsetzen könne. Aber nicht nur der Finanzminister, sondern auch der Ministerpräsident stünde in der Verantwortung, in der Sache Entscheidendes zu tun, nämlich die Finanzmittel für Wissenschaft und Forschung kräftig aufzustocken.

Birgit Fischer (SPD) nannte die Aktuelle Stunde ein politisches Spektakel der Liberalen vor der kommenden Wahl. Dennoch begrüße die SPD die öffentliche Diskussion, biete sie doch Gelegenheit, auf die Leistungen der Sozialdemokraten hinzuweisen und zu zeigen, wie schwerfällig manchmal CDU und F.D.P. den Vorschlägen und Maßnahmen der SPD zur Verbesserung der Lage an den Hochschulen folgen, etwa bei den Strukturverbesserungsmaßnahmen und beim Hochschulsonderprogramm II. Die Sprecherin regte eine höhere Finanzierungsquote des Bundes bei Maßnahmen der Länder an.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) stellte fest, die Studiensituation habe die Grenze des Zumutbaren längst überschritten. Angesichts steigender Studierendenzahlen habe die Landesregierung das Personal abgebaut. Man könne die dichteste Hochschullandschaft nicht wie eine „Monstranz“ vor sich hertragen und darüber die Lernenden und Lehrenden vergessen. Inzwischen gebe es vor Hörsälen spezielle Rausschmeißertrupps. Wenn die Regierung das Ruder nicht bald herumreißt, dann sei bald „Land unter“ zu sagen.

Über die Notwendigkeit der Aktuellen Stunde unterschiedlicher Meinung: Birgit Fischer (SPD, Mitte) und Joachim Schultz-Tornau (F.D.P., links) sowie Professor Posdorf (CDU), die beide der Regierung jahrelange Versäumnisse in der Hochschulpolitik vorwarfen.

Fotos: Schüler



Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) sah die Studienbedingungen auf dem Tiefpunkt angelangt. Man brauche keine Reihe von Notprogrammen, sondern vorausschauende Planung, die zudem nicht vom Finanzminister, dem eigentlichen Hochschulminister dieses Landes, diktiert werde. Er erinnerte an seinen Vorschlag, Ausschusssitzungen häufiger vor Ort stattfinden zu lassen und Vertreterinnen und Vertreter der Studentenschaft beratend hinzuzuziehen.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) wandte sich gegen „Büttenreden“ zu diesem Thema und warnte vor Katastrophengerede, beides helfe nicht weiter. Aus den steigenden Studienanfängerzahlen habe die Regierung die Konsequenzen gezogen und zum Beispiel den Wissenschaftsetat im kommenden Jahr um 8,9 Prozent angehoben. Es gebe Personalsteigerungen bei den Studentenwerken, man habe für Engpässe Mittel nachbewilligt. Schwerpunkt der nächsten Jahre werde die Verbesserung der Lehre sein — „nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern mit gezielten Maßnahmen“. Um die Wohnungsnot der Studierenden zu lindern, fehle es vor allem an geeigneten Grundstücken. Außerdem seien die Bauverfahren zu umständlich; der Bund sperre sich zudem in der Frage leerstehender Kasernen.

Dr. Andreas Lorenz (CDU) warf der Landesregierung mangelnde Vorsorge vor, der Ausbau der Hochschulen habe mit der wachsenden Studierneigung nicht Schritt gehalten, auch im sozialen Umfeld fehle es an Voraussicht. Die Finanzierung der Hochschulen sei originäre Landesaufgabe, der Bund könne nur hilfsweise einspringen.

Rudolf Apostel (SPD) sah eine Linderung der aktuellen Probleme vor allem in der verstärkten Nutzung der organisatorischen und gestalterischen Möglichkeiten der Hochschulen. Es genüge nicht, wenn die Opposi-

tion ständig mehr Mittel fordere, wo festzustellen sei, „daß am Ende eines jeden Haushaltsjahres die zur Verfügung gestellten Personalmittel nicht ausgeschöpft waren“. Die Opposition wolle das Ruder herumreißen, nenne aber nicht eine einzige Maßnahme. Man brauche auch eine Neubewertung der Leistungsfähigkeit von Hochschuleinrichtungen.

Manfred Kuhmichel (CDU) bezeichnete die Äußerungen aus dem Regierungslager angesichts der dramatischen Situation an den Hochschulen als „arrogant und ignorant“. Die Früchte der Hochschulpolitik der letzten Jahre seien nicht mehr als „faulendes Fallobst mangelnder Für- und Vorsorge“.

Karl Schultheis (SPD) machte auf widersprüchliche Anträge der Opposition aufmerksam: Einerseits solle die Regierung den Haushalt konsolidieren, andererseits würden erhebliche Mehrausgaben eingefordert. Man könne auch den Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen, so sei der Schlüssel bei den Gemeinschaftsaufgaben Hochschulfinanzierung von 50:70 seiner Meinung nach auf 70:30 anzuheben.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) monierte, der Hochschulausbau habe im Lande nicht mit den wachsenden Studentenzahlen Schritt gehalten. Darauf habe die Regierung nicht mit Neueinstellungen geantwortet, sondern mit „Umstrukturierung auf Kosten der Beschäftigten“. Zudem würden die Frauen von den Hochschulen verdrängt. Sie schlage vor, nicht nur den Rektor, sondern auch den Kanzler ähnlich wie die Oberstadtdirektoren auf Zeit zu wählen. Das koste nichts, erhöhe aber die Effizienz der Hochschulen.

Dr. Jörg Twenhöven (CDU) schloß sich diesem Vorschlag an, das sei ein wichtiger Schritt für eine weitere Hochschulautonomie. Er warnte vor dem Ruf nach Bonn: „Wer zahlt, schafft an, und wer anschafft, das ist Möllemann.“ Er regte an, eine eigene Fachhochschulabteilung in Bocholt zu gründen.

Andreas Reichel (F.D.P.) unterstrich die Notwendigkeit der Aktuellen Stunde und zeigte sich kritisch gegenüber einer Verharmlosung der Lage durch die Wissenschaftsministerin — in Anwesenheit des Finanzministers, sozusagen am Vorabend der Haushaltsberatung.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) erneuerte ihre Meinung, die Hochschulen nicht „mieszureden“. Fazit der Aktuellen Stunde sollte sein, die zu unterstützen, die unter schwierigen Bedingungen studieren, und denen zu helfen, die angestrengt und engagiert lehren und forschen.



Unkonventioneller Vorschlag zur Wahl der Hochschulkanzler: Bärbel Höhn (GRÜNE, links). Die Hochschulpolitik von SPD und Landesregierung verteidigten Karl Schultheis (SPD, Mitte) und Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD), die der Opposition Katastrophengerede vorhielt.

Fotos: Schüler

Bodenmeßnetze

Landtag will ein Bild von belasteten Böden in NRW gewinnen

Der Landtag hat einstimmig der Überweisung des CDU-Antrages zur Errichtung von Bodenmeßnetzen (Drs. 11/609) an die Ausschüsse für Umweltschutz und Raumordnung sowie für Kommunalpolitik zugestimmt. Das Parlament war sich einig, daß die Bodenbelastungen in den letzten Jahren stark angestiegen sind und der ständigen vergleichenden Beobachtung bedürfen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) erklärte, der Antrag verfolge drei Ziele: einmal die Feststellung des derzeitigen Bodenzustandes, zweitens Klärung der Frage, inwieweit eine eventuelle weitere Belastung vertretbar sei, also eine Risikovorhersage, dann als dritten Punkt die Beweissicherungsmöglichkeit für Betreiber mit möglicher Problemstoffimmission auf den Boden, viertens die Beweissicherung für die Aufsichtsbehörden, um eine eventuelle weitere Belastung zu dokumentieren, und als letzten Punkt die Aufnahme von Bodenuntersuchungen als zwingenden Bestandteil der Umweltverträglichkeitsprüfungen. Die Abgeordnete erläuterte, die Anforderungen an den Boden sowie seine Belastungen seien in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen, und er sei in seinen Funktionen als Teil des Naturhaushaltes und als Lebensgrundlage stark gefährdet. Boden akkumuliere über Jahre Problemstoffe. An ihm könnten vergleichende Untersuchungen auch in sehr großen Zeitabständen durchgeführt werden. Diese Untersuchungen brauche man. Die CDU fordere Dauerbeobachtungen, Dauerbodenuntersuchungen bei bestehenden und neuen Müll- und Sondermüllverbrennungsanlagen. Die Bodenuntersuchungen seien so durchzuführen, daß sie als Risikovorhersage, für eine Beweissicherung und für eine Absicherung dienen könnten.

Klaus Strehl (SPD) erinnerte daran, daß man in NRW bereits konkrete Schritte unternommen habe. In NRW würden Schadstoffgehalte von Böden in Bodenbelastungskarten im Rahmen der bodenkundlichen Kartierung und der Bodenzustandserfassung Wald ermittelt. Die vorliegenden 30000 Datensätze mit über 100000 Einzelwerten würden in der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung im Augenblick ausgewertet. Durch Wiederholungsuntersuchungen an den jeweiligen Meßstandorten in Abständen von zehn Jahren ließen sich darüber hinaus auch langfristige Veränderungen der Belastungssituation erkennen. Eine weitere breite Datengrundlage über schadstoffrelevante Bodeneigenschaften und Grundgehalte an Schwermetallen sei die landesweite Boden-



Der Präsident des Landtags von Brandenburg, Dr. Herbert Knoblich, hat auf Einladung der Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Ingeborg Friebe, das Parlament am Rhein besucht. Mit Frau Friebe und dem Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender, führte der brandenburgische Landtagspräsident zweiteilige Gespräche über Struktur und Arbeitsweise eines Parlaments und informierte sich eingehend über die Parlamentsverwaltung. Knoblich nahm auch an verschiedenen Sitzungen teil und zeigte sich beeindruckt von der Architektur des Hohen Hauses und seiner Verwaltungskraft. Bei der Präsidentin machte sich der Gast aus Brandenburg ferner über den Terminkalender sowie Anforderungen und Aufgaben der Repräsentation kundig. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und Direktor Heinrich Große-Sender sagten dem Landtagspräsidenten aus Brandenburg Unterstützung beim weiteren Aufbau seiner Parlamentsverwaltung in dem neuen Bundesland zu. Das Foto zeigt v. r. Dr. Herbert Knoblich, seine Persönliche Referentin, Frau Mehnert, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender sowie Annelene Bruckmann, Persönliche Referentin der Präsidentin.

Foto: Schüler

kartierung des geologischen Landesamtes. Ferner wirke NRW an der bundesweiten Bodenzustandserfassung Wald mit.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) hielt einen Satz im Antrag der CDU für „sehr gefährlich“ und zitierte, als ersten Schritt halte der Landtag es für dringend geboten, Bodenmeßnetze im Bereich der in der Öffentlichkeit als besonders belastet anerkannten Gebiete aufzubauen. Diese Formulierung könne dazu führen, daß in der Öffentlichkeit der Verdacht entstehe, es gebe immense Gebiete, die weitaus stärker belastet seien, als man dies überhaupt geglaubt habe. Insofern sehe er da Probleme, sagte der Abgeordnete. Er vertrat die Auffassung, der Landtag sollte sinnvollerweise das Ziel vorgeben, aber die einzelnen Schritte, den Weg dorthin, eigentlich den Wissenschaftlern überlassen.

Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) begrüßte grundsätzlich die Richtung des Antrages, auch wenn es noch einige Änderungswünsche gebe. Interessiert habe man zur Kenntnis genommen, daß in diesem Antrag explizit Hausmüll- und Sondermüllverbrennungsanlagen aufgeführt würden. Erneut befürwortete die Abgeordnete, daß landesweit Probenahmen gemeinsam festgelegt würden, damit es nicht mehr zu dem Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen komme und damit endlich wenigstens ein ungefähres Bild der Belastung der Böden in NRW vorliege. In Remscheid sei durch eine unkoordinierte Probenahme viel Verwirrung gestiftet worden. Bis heute sei die Dioxinbelastung in diesem Ort nicht geklärt.

Franz-Josef Pangels (CDU) hielt dem SPD-Politiker Strehl vor, er habe an der Sache total vorbeigeredet. Er habe nicht begriffen, worum es gehe. Er habe die Intention des Antrages nicht begriffen. „Es geht um Feststellung des Ist-Zustandes, Risikovorhersage, Beweissicherung und Information der Bevölkerung. Das ist das Thema.“

Klaus Matthiesen (SPD), Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, wies den gegen seinen Kollegen Strehl gerichteten Vorwurf, er verstünde davon nichts, als „ungeheuerlichen Vorwurf“ gebührend zurück. Über die Notwendigkeit, daß man sich dem Bodenschutz verstärkt zuwende, gebe es überhaupt keinen Meinungsstreit. Aber er hielt der CDU vor, daß ihr Antrag fast wörtlich, nur mit einigen Variationen, abgeschrieben worden sei aus dem Merkblatt für die Anlage von Bodenmeßnetzen und Bodenbeobachtungen und Beweissicherung bei Punktemitteln durch das bayerische Geologische Landesamt. Der Minister machte indessen darauf aufmerksam, daß er die CDU-Sprecherin in keiner Weise beschuldigen wolle. Er halte es auch für legitim, aus Vorarbeiten, die in anderen Bundesländern gemacht worden seien, Anträge zu formulieren.

Marcel Gärtner ist zum Leiter des Landesstudios des Westdortchen Rundfunks Köln (WDR) in Düsseldorf ernannt worden. Der 59jährige ist damit Nachfolger von **Cornelius Bormann**, der **Claus Hinrich Casdorff** als Chefredakteur der Fernseh-Landesprogramme ablöste.



Kontakte vertiefen: Bei der ersten Sitzung v.l. Lothar Hentschel, Dr. Bernd Kasperek (SPD), Botschaftsrat Alroi-Arloser, Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt, Direktor beim Landtag Heinrich Große-Sender sowie Frau Mehnert und Direktor Dr. Herbert Knoblich vom brandenburgischen Landtag, die als Besucher an der Sitzung teilnahmen.
Foto: Schüler

50 Parlamentarier aller Fraktionen wollen mitwirken

Ulrich Schmidt: Deutsch-Israelische Arbeitsgruppe als Mahner und Mittler

Die Interparlamentarische Deutsch-Israelische Arbeitsgruppe, 1987 von der damaligen Vizepräsidentin und heutigen Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe, mit gegründet, hat ihre erste Sitzung, an der der Botschaftsrat der israelischen Botschaft, Alroi-Arloser, teilnahm, im Landtag Nordrhein-Westfalen abgehalten. Rund fünfzig Abgeordnete aus allen Fraktionen haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, in der 11. Wahlperiode in dieser Arbeitsgruppe mitzuwirken.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt, hofft, daß sich weitere Parlamentarier anschließen werden. Schmidt wies bei seiner Begrüßung darauf hin, daß der Landtag von NRW 1987 das erste Länderparlament in der Bundesrepublik gewesen sei, das

eine deutsch-israelische Arbeitsgruppe gegründet habe. Das Präsidium und seine Vorgängerin im Amt hätten ihn gebeten, die bestehenden guten Kontakte zwischen Israel und der Bundesrepublik, insbesondere Nordrhein-Westfalen, auf politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebenen zu vertiefen. Man wolle die seit 1987 entwickelte Linie der Fachgespräche, Symposien, Vorträge und Besuche fortsetzen.

Ulrich Schmidt unterstrich, die Arbeitsgruppe solle sich auch zukünftig als Mahner, Mittler, Moderator und Motor der deutsch-israelischen Freundschaft auf parlamentarischer Ebene verstehen. Der Landtag müsse ferner Signale in die neuen Bundesländer entsenden, damit sich das neue, größere Deutschland mit all seinen Ländern als stabiler Faktor erweise.

sphäre würden gesehen und praktikable Lösungen aufgezeigt. „Unsere verschiedenen Strategien zur Energieeinsparung schützen die Umwelt und schaffen Märkte“, meinte der Abgeordnete und verwies darauf: „Wer wie wir die CO₂-Belastung und die anderen Treibhausgase mit festen Ziel- und Zeitplänen drastisch reduzieren will, kommt an einer Erkenntnis nicht vorbei, die auch sehr aktuell ist: Es gibt zu staatlichem Handeln keine Alternative.“

Gerd Mai (DIE GRÜNEN) betonte, seine Fraktion habe das Thema Klimaschutz in NRW zu einem Schwerpunktthema in der Arbeit der nächsten Jahre gemacht. NRW sei das Industrieland Nr. 1 in der Bundesrepublik. Dies bedeute auch, daß von den 784 Millionen Tonnen CO₂, die jährlich in den westlichen Bundesländern emittiert würden, über 340 Millionen aus NRW stammten. Diese Erkenntnis werde in NRW oft und allzu gerne verdrängt. Das Industrieland NRW sei einer der Hauptverantwortlichen für den Treibhauseffekt.

Michael Ruppert (F.D.P.) bezeichnete das Thema als so wichtig, weil es sich um die weltweit größte umweltpolitische Herausforderung handele. Aber was sei denn nun eigentlich die Antwort von SPD und GRÜNEN auf die große neue Frage der Umweltpolitik? Wie bei einem falsch programmierten Sprachencomputer sei es immer wieder die alte Antwort: Sie wollten aus der Atomkraft aussteigen. Alle fossilen Energieträger trügen entscheidend zur CO₂-Produktion und damit zum Treibhauseffekt bei, und die Hauptsorge der SPD sei es, so schnell wie möglich aus der Kernkraft auszusteigen.

Werner Stump (CDU) kritisierte, umweltpolitisch bewege sich hier ebensowenig wie auf Weltklimakonferenzen. „Wir von der CDU sagen: Schluß mit Pseudoanträgen, die nur das Gewissen für die nächsten Monate beruhigen sollen.“ Man begrüße, daß der Bundesumweltminister mit der Einführung einer CO₂-Abgabe ordnungspolitisch eingreifen wolle. Fest stehe jedenfalls, daß eine CO₂-Reduzierung bis zum Jahre 2005 um 30 Prozent erreicht werden solle. „Wir benötigen klare und überzeugende Vorschläge, damit die Diskussion ehrlicher wird“, folgerte der Abgeordnete.

Debatte über Treibhauseffekt und Klimaproblematik

Hombach: Nicht nur künftige Risiken, sondern auch Fehlentwicklungen der Vergangenheit sind aufzuarbeiten

Das Parlament war sich bei der Aussprache über die Anträge der GRÜNEN „Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Vorsorge und zum Schutz der Erdatmosphäre“, der SPD „Energiesparland Nordrhein-Westfalen – mit intelligenter Energienutzung und drastischer Einsparung die Klimakatastrophe verhindern helfen“ sowie der F.D.P. „Kampf gegen den Treibhauseffekt“ (Drs. 11/548, 608 und 613) einig, daß es gemeinsamer außerordentlicher Anstrengungen bedarf, um einer Klimakatastrophe vorzubeugen. Nur über den Weg gab es keine Übereinstimmung. Die Anträge wurden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Bodo Hombach (SPD) sagte: „Der von uns eingebrachte Antrag ist sehr konkret. Nicht das Gutgemeinte, sondern das Gutgemachte zählt. Nicht nur zukünftige Risiken

sind abzuwägen, sondern auch Fehlentwicklungen der Vergangenheit aufzuarbeiten.“ Die Absichten des SPD-Antrags seien eindeutig. Die Risiken für die Erdatmo-

Günther Einert (SPD), Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, erklärte: „Wenn wir das ehrgeizige Ziel erreichen wollen, im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2005 die CO₂-Emission um 30 Prozent abzusenken, um der drohenden Gefahr einer Klimakatastrophe zu begegnen, müssen wir schon eine gemeinsame Anstrengung unternehmen.“ Hinzu komme, auch für die anderen Treibhausgase würden vergleichbare Reduktionsquoten gefordert. Bis zum Jahr 2050 sollten die Reduktionen sogar 80 Prozent betragen. Die Vorstellungen der Enquete-Kommission umzusetzen, sei eine Herausforderung geradezu außerordentlichen Ausmaßes. Mit dem vielbeschworenen Laissez-faire der Marktwirtschaft sei das nicht zu erreichen. Die Wirtschaftsministerkonferenz habe bereits 1989 festgestellt, daß die Bewältigung der Klimaproblematik ein bewußtes Steuern gegen den Markt erfordere.

Heinemann antwortet F.D.P.

Chemiefirma am Rhein stellt die meisten Betriebskindergärten

Die Kleine Anfrage der F.D.P.-Abgeordneten Rut Witteler-Koch zum Thema Betriebskindergärten (Drs. 11/123) wurde auf Wunsch der Fragestellerin am 8. November im Plenum beantwortet, nachdem die Frist für eine schriftliche Antwort nicht eingehalten worden war.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) erklärte, die Landesregierung habe die Kleine Anfrage in der vorgesehenen Frist nicht beantworten können, weil die Daten nicht vorgelegen hätten, sondern sich bei den Landschaftsverbänden befänden. „Für die Landschaftsverbände bedeute das ein Suchen der Stecknadel im Heuhaufen und darüber hinaus noch die Feststellung der Farbe des Karos und der Größe des Karos“, sagte der Minister. Man sei hier auf Basisdaten angewiesen, die normalerweise statistisch nicht erfaßt seien. In seiner Antwort führte der Minister aus, im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland gebe es sechs Betriebskindergärten. Im einzelnen handele es sich um vier Kindergärten der Firma Bayer (Chemie), um einen Kindergarten der Firma Henkel (Chemie) und einen Kindergarten der Versicherung Herold. Im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gebe es drei Betriebskindergärten. Im einzelnen handele es sich um die Betriebe Heim- und Hausverwaltungsgemeinschaft mbH & Co (Seniorenheim) — 200 Mitarbeiter, Conduola-Blusen GmbH & Co KG (Textil) — 200 Mitarbeiter und Wittgensteiner Kuranstalt GmbH & Co KG (Gesundheitsbetrieb) — 800 Mitarbeiter.

Der Minister berichtete ferner, im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland seien 28 Kindergärten öffentlichen Einrichtungen zugeordnet. Davon seien 16 an Krankenhäusern, fünf an Ministerien und ein Kindergarten bei einer Bundestagsfraktion. Im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe seien insgesamt 15 Kindergärten öffentlichen Einrichtungen zugeordnet.

Zwölf Kindergärten bestünden an Krankenhäusern, einer bestehe in der Trägerschaft eines Ministeriums und ein weiterer in der Trägerschaft der LVA. Ein weiterer Kindergarten sei an der medizinischen Einrichtung der Universität Münster. Die Öffnungszeiten lägen im Durchschnitt zwischen neun und elf Stunden. Im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland seien neun, in Westfalen ein Betriebskindergarten auch für die Öffentlichkeit zugänglich.

Heinemann nannte die Zahlen für andere Bundesländer: In Baden-Württemberg gebe es 13, in Bayern 63, in Berlin 27, in Bremen zwölf, in Hamburg 27, in Hessen 14, in Niedersachsen vier, in Rheinland-Pfalz drei, im Saarland vier und in Schleswig-Holstein 19 Betriebskindergärten für Kinder von drei bis sechs Jahren. Landeszuschüsse würden in keinem Fall gezahlt.

Listen für Wahlausschüsse

Der Landtag hat auf Vorschlag der Fraktionen der SPD und CDU die Wahllisten der Mitglieder für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten des Landes Nordrhein-Westfalen bei Stimmhaltung der Fraktionen der GRÜNEN und der F.D.P. angenommen (Drs. 11/452). Als Mitglieder für die Wahlausschüsse wurden gewählt:

Oberverwaltungsgericht Münster: Willi Wessel aus Herten, Hans Bernd Kraus aus Kranenburg, Gerhard Kompe aus Dortmund und Karsten Schulte aus Köln für die SPD sowie Maria Seifert aus Gladbeck, Reinhard Weiß aus Dortmund und Eckart Ballenthin aus Stadtlohn für die CDU.

Verwaltungsgericht Aachen: Renate Coracino aus Aachen, Günter Koppai aus Düren, Harry Voigtsberger aus Aachen und Ilse Jacobs aus Aachen für die SPD sowie Karl-Ferdinand Kinting aus Aachen, Matthias Biergans aus Niederzier und Helmut Schwartz aus Monschau für die CDU.

Verwaltungsgericht Arnsberg: Kirsten Jordt aus Arnsberg, Peter Demnitz aus Hagen, Mechthild Driese aus Hamm und Uli Hopmann aus Werdohl für die SPD sowie Walter Ewald aus Ennepetal, Paul Schrage aus Siegen und Franz-Josef Schweins aus Erwitte für die CDU.

Verwaltungsgericht Düsseldorf: Franz Norbert Greschus aus Mönchengladbach, Klaus Fliescher aus Monheim, Hans-Bernhard Kraus aus Kranenburg und Gerd Thomas aus Erkrath für die SPD sowie Norbert Liermann aus Mönchengladbach, Gerd Ozimek aus Ratingen und Hans Georg Ibold aus Langenfeld für die CDU.

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen: Helmut Heidebüchel aus Gelsenkirchen, Helmut Puck aus Gladbeck, Reinhold Vennebusch aus Dortmund und Werner Hartwig aus Bochum für die SPD sowie Hans-Joachim Brockenstein aus Recklinghausen, Herbert Stabenow aus Herne sowie Ingrid Eilers aus Herne für die CDU.

Verwaltungsgericht Köln: Horst Winkler aus Köln, Gerhard Erlenhardt aus Hürth, Karl-Heinz Kischio aus Köln und Hans Schilli aus Köln für die SPD sowie Joseph Gutmann aus Bergisch-Gladbach, Helmut Witzel aus Frechen und Rolf Wollziefer aus Kerpen für die CDU.

Verwaltungsgericht Minden: Günter Harke aus Minden, Ulrich Wehrhöfer aus Bielefeld, Jürgen Saft aus Minden und Friedel Uthe aus Detmold für die SPD sowie Gabriele Leffers aus Bielefeld, Hajo Lübber aus Herford und Friedhelm Schürmann aus Bielefeld für die CDU.

Verwaltungsgericht Münster: Karl-Heinz Bettinger aus Greven, Friedel Emons aus Münster, Heinz Lichtenfeld aus Münster und Werner Ross aus Ahlen für die SPD sowie Walter Filbry aus Münster, Bernhard Schnell aus Beckum und Franz Abels aus Rheine für die CDU.



NRW — Stammland der politischen Bildung

Auf die vielfältigen Angebote der politischen Bildung und Weiterbildung macht eine Ausstellung im Foyer des Düsseldorfer Landtags aufmerksam, die am 7. November von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (am Rednerpult) eröffnet wurde. Frau Friebe kündigte dabei an, daß die Ausstellung Anfang des nächsten Jahres in Brandenburg gezeigt werde, da es extreme Demokratiedefizite in den neuen Bundesländern gebe; Mißtrauen gegenüber der Politik und geistige Mauern abzubauen sei ebenso wichtig wie Wirtschaftshilfe. Der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Günter Wichert sagte, Nordrhein-Westfalen sei Stammland der politischen Bildung und mit über 60 Trägern, weltanschaulich gebundenen und ungebundenen, gut bestückt. Politische Bildung sei ein markanter Stützpfeiler des demokratischen Hauses (stehend v.l.: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, Hartmut Schauerte [CDU], Vizepräsident Ulrich Schmidt).

Foto: Schüler

Sportausschuß besuchte Renommierstätte der Hochschullandschaft

Landtagsappell: Baubeginn Zentralbibliothek Sport nicht erst 1992!

„Eine vergleichbare Institution gibt es in NRW, in Deutschland, in Europa nicht“, begann die Rektorin der Deutschen Sporthochschule Köln (DSHS) Professor Christiane Stang-Voss ihren aktuellen Bericht. Für das Wintersemester 1990/91 werde es mit 6144 Studenten Höchststand an der auf 2050 Studierende ausgelegten Hochschule geben. Bei 143 akademischen Lehrkräften stehe 38 Studierenden nur ein hauptamtlicher Lehrender zur Verfügung. Die Sogwirkung der Kölner Institution halte trotz Verlagerung einiger Studiengänge an andere Hochschulen unvermindert an. Lange Studiendauer der meist in Vereinen oder Tourismus und Beratung teilzeitbeschäftigten Studenten trage zu Raum- und Personalnot bei, ebenso die Arbeitszeitverkürzung beim Personal für den Betrieb der Sportstätten. Mehr Wohnheimplätze erhoffe sich die DSHS von nahegelegenen Kasernen belgischer Streitkräfte.

Begehrtes Sportdiplom

Die 1947 gegründete, zunächst von der Stadt Köln getragene Sporthochschule zählte 1952 285 Studierende für das Lehramt Leibeserziehung an höheren Schulen. 1956 wurde sie vom Land übernommen, 1960 der Grundstein für den Neubau im Kölner Grüngürtel in Junkersdorf gelegt. Heute wird in 20 Instituten geforscht und gelehrt. Der wachsenden Nachfrage nach Diplom-sportlehrern über den Schulsport hinaus in Tätigkeiten der (medizinischen) Rehabilitation, im Leistungs-, Freizeit- und Breitensport, in der Wirtschaft und den Medien folgte die DSHS mit immer breiterer Fächerung; einige Beispiele: 1958 Institut für Kreislauforschung und Sportmedizin, 1965 Institut für Musik- und Tanzpädagogik, 1968 Institut für Biomechanik, 1980 Institut für Trainings- und Bewegungslehre, 1989 Institut für Sportpublizistik (mit gestifteter Professur).

Die DSHS erfüllt außerdem Aufgaben als Olympiastützpunkt Köln/Leverkusen, als Bundes- und Landesleistungszentrum für Hockey, Judo und Schwimmen sowie weiterer Stützpunktdisziplinen. Beim Drittmittel-einsatz, so führte die Rektorin auf Fragen der Abgeordneten aus, rangiere die DSHS nach Aachen und Münster auf dem dritten Platz in NRW. International werde das hohe Niveau der bundesdeutschen Sportwissenschaft anerkannt, stellte auch die Bundesregierung 1988 in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion fest. Die zwei besten Diplomarbeiten 1989 behandelten folgende Themen: „Die Bedeutung nicht-dynamischer Belastungen für Herz- und Kreislauf besonders bei Koronarpatienten“ (Petra Scalet) und „Altersbedingte allgemeine sowie motorische Leistungsveränderungen und deren Beeinflussungsmöglichkeit durch Training“ (Dietmar Lyssy). Hinweise auf die zunehmende Bedeutung des Sports für Menschen jeden Alters. Vor allem im Spitzensport, so resümierte Prorektor Joachim Mester seine Erfahrungen mit der Skinationalmannschaft, könnten neue Technologien zu höherer Trainingsqualität beitragen.

Trotz des totalen Numerus Clausus zieht es immer mehr Studentinnen und Studenten an die Deutsche Sporthochschule Köln, die der Sportausschuß des Landtags am 29. Oktober unter Leitung seines Vorsitzenden Hans Rohe (SPD) besuchte. Neben Wohnraumnot der Studenten und Personalmangel für den Sportstättenbetrieb wurde den Abgeordneten vor allem der möglichst baldige Baubeginn für die fertig projektierte Hochschulbibliothek ans Herz gelegt. Der Landtag soll, so beschloß der Ausschuß, die Landesregierung zum früheren Vollzug als 1992, wie bisher etatmäßig vorgesehen, auffordern.



„Ohne Quote“ an der Spitze: Biologie-Professorin Christiane Stang-Voss, 52, Rektorin der Deutschen Sporthochschule Köln. Foto: DSHS

In „Gängen, Kellern und Abstellkammern untergebracht“ seien Teile der Hochschulbibliothek, hatte „Landtag intern“ bereits anlässlich des letzten Besuchs des Sportausschusses fest auf den Tag genau vor fünf Jahren berichtet. Diesmal wurde den Abgeordneten das Modell einer gelungenen raum- und energiesparenden Planung für den Neubau der 412 000 Bände umfassenden europaweit größten Zentralbibliothek der Sportwissenschaften vorgestellt. Doch der Baubeginn für das 13,6 Millionen-Mark-Projekt konnte der Hochschulleitung von den anwesenden Ministerialbeamten erst für

In Gängen und Kellern

1992 in Aussicht gestellt werden. Auf Antrag der SPD-Gruppe empfahl der Sportausschuß dem Landtag, die Landesregierung zum Vollzug des Baubeginns möglichst schon 1991 aufzufordern. Lehre und Studium seien, so hatte die Leitung vorgetragen, angesichts von nur 42 Arbeitsplätzen für über 6000 Studierende und unerträgliche Zumutungen bei Nutzung und Sicherheit gravierend eingeschränkt.

„Wir wünschen die Konkurrenz, sie tut uns gut“, sagte Rektorin Stang-Voss bei der Schilderung der Probleme der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig und des angegliederten Fachinstituts für Körperkultur und Sport (FKS), der „Kaderschmiede“ des früheren DDR-Hochleistungssports. Nach mehrmaligen Besuchen seit der Wende und aufgenommener Zusammenarbeit (Verwaltung und Studienplanung) zeige sich ein traumhafter Vor-

sprung der Kölner DSHS. Aber auch in Leipzig seien, so ergänzten Mitglieder des Sportausschusses, der ebenfalls Kontakte aufgenommen hat, Hervorragendes geleistet worden; beim Erhalt der Leipziger Institutionen, die derzeit vom Wissenschaftsrat geprüft werde, müsse NRW massiv helfen.

Keinen Grund zur Freude hat die Kölner Sporthochschule auch über die Absage von Landesförderung für die der DSHS angegliederte Gesellschaft für (vergleichende) Europäische Sportstudien, nach Aussage der Rektorin ebenfalls ein Unikat in Westeuropa mit einzigartigem Sammelwissen über die Entwicklung des Sports in den Nachbarländern, dessen Inanspruchnahme im Zuge der europäischen Einigung voraussichtlich steigen werde. Auch das Carl-Diem-Institut mit lückenlosem Archiv der olympischen Sportbewegung seit der Jahrhundertwende werde, so kritisierte Ausschußvorsitzender Rohe, vom Ministerium ausgehungert. 20000 Mark werden für den laufenden Betrieb mit zahlreichen internationalen Kontakten und Nutzung durch Ämter, Vereine und Pressestellen benötigt. Private Mittel verhinderten in den letzten beiden Jahren die Schließung für die Öffentlichkeit.

Sport in Europa

Nach vertiefter Information während eines ausgezeichneten Mensaeßens setzte der Sportausschuß seine Beratungen im Bundesinstitut für Sportwissenschaft fort, das dem Bundesinnenminister untersteht und für zweckgebundene Forschungsförderung mit Bundesmitteln in den einzelnen Bereichen der Sportwissenschaft und im Fachbereich „Sport- und Freizeitanlagen“ zuständig ist. Mit seinem Direktor Professor August Kirsch stand dem Ausschuß ein international renommierter Partner zum Gespräch zur Verfügung. Dessen Verdienst um Nähe der Forschung am aktiven Sport wurde gewürdigt und die Problematik „alter Seilschaften“ beim gemeinsamen deutschen Auftritt auf der internationalen Bühne besprochen. Als neueste der renommierten Publikationen wurde der Band „Dopingkontrollen“ vorgestellt. Als künftige Forschungsschwerpunkte werden im Zweijahresbericht des Instituts unter anderem aufgezählt: Nachwuchstraining, Soziale Probleme des Hochleistungssports, Sport im Alter, Sportunfälle und ihre Verhütung, Ökonomie und Sport, Gewalt im Sport, Behindertensport.

Abwasserbeseitigung

Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN deren gemeinsamen Antrag „Abwasserbeseitigung“ in direkter Abstimmung einstimmig angenommen (Drs. 11/268).

Ausschuß erörtert Rolle der Stiftung Preußischer Kulturbesitz nach Einigung

Schulbüchereien eröffnen erste Kontakte zur Welt des Lesens

Im Kulturausschuß unter Leitung der Vorsitzenden Hildegard Matthäus (CDU) bestand am 24. Oktober Einigkeit darüber, daß den Schulbibliotheken als Treffpunkte zur Leseanimation und als Stätten zur Information und Kommunikation große Bedeutung zukommt und die Bemühungen um ihre Entwicklung unterstützt werden müssen.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) verwies in der Ausschusssitzung auf die im wesentlichen auf Initiative des Landes zustande gekommene Empfehlung der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Zusammenarbeit von Schulbibliotheken und öffentlichen Bibliotheken vom 14. September 1979. Diese sei auf Landesebene umgesetzt worden in die „Gemeinsame Empfehlung“ des Kultusministers mit dem Städtetag und dem Städte- und Gemeindebund vom 1. Februar 1981. Die geplante Weiterführung und möglichst auch Ausweitung der erst seit 1989 vom Kultusminister begonnenen Förderung einiger modellartiger Schulbibliotheken wurde von den Mitgliedern im Kulturausschuß begrüßt. Bisher ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland mit einem derartigen Förderungsprogramm.

Als Fazit einer im Jahre 1987 in Nordrhein-Westfalen erstmals durchgeführten statistischen Erhebung über Schulbibliotheken und Schulbüchereien ist nach Ansicht des Kultusministers festzustellen, daß die Schulen in NRW einen vielfältigen und differenzierten Buchbestand besitzen. Zahlreichen Beobachtungen und Erfahrungen zufolge seien die Bestände der Schulbibliotheken, bis auf die meist guten Lehrerbibliotheken, allerdings oft unzureichend organisiert und untergebracht. Einer Reihe vorbildlich ausgestatteter und genutzter Einrichtungen stünden Sammlungen gegenüber, die kaum sinnvoll genutzt werden könnten. In Nordrhein-Westfalen existierten rund 60 von den meist kommunalen Trägern finanzierten Schulbibliotheken mit hauptamtlicher fachlicher, also bibliothekarischer Besetzung. Sie könnten als Modelle angesehen werden, die nach Organisation, aktuellem Bestand, Öffnungszeiten und umfassender Nutzung vorbildlich seien.

Die Form kooperativer Entwicklungshilfe, wie sie durch inzwischen 13 schulbibliothekarische, bei den Stadtbüchereien eingerichtete Arbeitsstellen in NRW geleistet werde, werde als besonders wichtig angesehen und mit Landesmitteln bevorzugt gefördert. Ins Förderprogramm einbezogen seien auch Schulbibliotheken, die gleichzeitig als öffentliche Bibliotheken und Zweigstellen der Stadtbüchereien eingerichtet und jedermann zugänglich sind. 1990 betrug die Landesförderung von Schulbibliotheken insgesamt 573000 Mark.

In der Diskussion sah die Vorsitzende die Empfehlung zur Zusammenarbeit mit den Stadtteilbibliotheken als nicht immer erstrebenswert an. Stadtbibliotheken seien in den

wenigsten Fällen dort, wo sich eine Vielzahl von Arbeitern, Aussiedlern und Ausländern befinde. Insbesondere für Kinder aus sozialen Problemgruppen sei die Schulbibliothek eine große Hilfe. Reinhard Grätz (SPD) betonte, daß die Unterhaltung von Schulbibliotheken grundsätzlich in der Zuständigkeit der Gemeinden liege. Die Zuständigkeit des Landes sei mehr in der Funktion des Anregers insbesondere für maßstabsetzende Tätigkeiten zu sehen. Zu klären sei die Frage, wie ausgeprägt die Leseintensität in den Haushalten sei und wie die nicht lesewillige Mehrheit auf das Lesen eingestimmt werden könne. Die Sprecherin der GRÜNEN, Brigitte Schumann, betonte die Wichtigkeit, gerade in der Primarstufe darauf zu achten, daß in der Klasse und weniger in der Stadtbücherei Lesestoff zur Verfügung sei. Vor allem in diesem, zur Heranführung an die Lesekultur wichtigen Bereich müsse verstärkt gefördert werden.

Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt war für den Ausschuß die Frage nach der Zukunft der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im geeinten Deutschland. Ein endgültiges Konzept für eine sinnvolle Zusammenführung der bisher getrennten Teile des ehemals preußischen Kulturbesitzes wird von einer Arbeitsgruppe des Stiftungsrates der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zur Zeit erarbeitet. Nach Artikel 35 Absatz 5 des Einigungsvertrages sind die durch die Nachkriegsereignisse getrennten Teile der ehemals preußischen Sammlung einschließlich der Staatsbibliotheken, des Geheimen Staatsarchivs, des Ibero-amerikanischen Instituts und des Staatlichen Instituts für Musikforschung in Berlin zusammenzuführen. Die vorläufige Trägerschaft liegt in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Der Kulturausschuß bekräftigte einhellig die Auffassung, daß die Stiftung Preußischer Kulturbesitz allein aufgrund ihres ungeheuren Sammlungsbestandes ein derartiges Gewicht in der Kulturpolitik habe, daß die Länder es nicht zulassen dürfen und können, ihn ohne ihre entscheidende Mitwirkung verwalten zu lassen.

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion, Wolfram Dorn, betonte die besondere Rolle, die NRW schon immer in historischer wie finanzieller Hinsicht gespielt habe. Im Hinblick auf die zur Diskussion stehenden verschiedenen Fortführungsmodelle der Stiftung sah er die Notwendigkeit, zu völlig neuen Kriterien der Zusammenführung zu kommen, die im übrigen auch stark von Baukosten geprägt sein würden. Von den fünf neuen Ländern werde verständlicherweise kein großes Engagement zu erwarten sein, aber Bayern müßte sich, ebenso wie Baden-Württemberg, künftig stärker engagieren. Der Bund werde erheblich stärker einsteigen müssen als in der Vergangenheit. Außerdem sei der Einfluß der Länder in der Stiftung entsprechend zu gestalten. Dem pflichtete Dr. Eugen Gerzitz als Sprecher der SPD-Fraktion bei. Die besondere Rolle des Landes sei sowohl im Ausschuß als auch außerhalb stets anerkannt worden. Er erinnerte daran, daß andererseits von den Kulturpolitikern auch immer deutlichere Äquivalente für Nordrhein-Westfalen gefordert worden seien, die darin bestünden, daß größere Projekte der Stiftung hier präsentiert würden. Bei den Verhandlungen müsse die Exekutive sehr deutlich ihr Interesse artikulieren und die gewichtige Stimme Nordrhein-Westfalens geltend machen. Der Ausschuß will sich über den aktuellen Entwicklungsstand fortlaufend informieren.

Flughafen hilft neuen Bundesländern

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Verkehrsflughäfen (ADV) hat unlängst beschlossen, daß die Verkehrsflughäfen des ehemaligen Bundesgebietes den Verkehrsflughäfen in den neuen Bundesländern ihre Beratung und Hilfe anbieten. Der Rhein-Ruhr Flughafen Düsseldorf berät und unterstützt in diesem Rahmen die Flughäfen der sächsischen Landeshauptstadt Dresden und der Messestadt Leipzig.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat den neuen türkischen Generalkonsul in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Bozkurt Aran (M.), zu einem Antrittsbesuch im Landtag empfangen. Foto: Schüler

Innenminister: Katalog von Maßnahmen allein schützt nicht vor Attentaten

Bonn erwägt finanziellen Beitrag für Asylanten-Rückkehrhilfen des Landes

In den Räumen des Instituts für öffentliche Verwaltung sowie des Landesprüfungsamtes für Verwaltungslaufbahnen in Hilden hat der Ausschuß für Innere Verwaltung unter dem Vorsitz von Egbert Reinhard (SPD) getagt. Institutsleiter Hans van de Water berichtete über die vielfältigen Aufgaben des Instituts, die sich im Laufe seines 25jährigen Bestehens verändert haben. So sind durch die Errichtung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung sowie der Fortbildungsakademie in Attendorn einige Aus- und Fortbildungslehrgänge aus dem Programm herausgefallen, andere Ausbildungsmaßnahmen für viele Angehörige des mittleren, gehobenen und des höheren Dienstes sowie des Verwaltungsdienstes sind hinzugekommen. Des weiteren berichtete der Leiter des Instituts über die erst im vergangenen Jahr abgeschlossenen umfangreichen Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen. Hier sei ein Pilotprojekt für ökologisches Bauen entstanden, das über die Grenzen des Landes hinaus beachtet worden sei.

Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde unterrichtete Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) den Ausschuß über mögliche Konsequenzen aus dem Attentat auf Bundesinnenminister Schäuble. Im Hinblick auf den anstehenden Wahlkampf zum Bundestag sollten im Bereich des Personenschutzes Verbesserungen angestrebt werden. Schnoor warnte jedoch vor einem umfangreichen Maßnahmenkatalog, der nur alles schwerfälliger gestalten würde, einen absoluten Schutz jedoch nicht gewährleisten könne. Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der Fraktion der SPD, betonte die Notwendigkeit, die schnellstmögliche medizinische Versorgung potentieller Opfer solcher Anschläge sicherzustellen. Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) beklagte die nach derlei Attentaten unerträgliche Art der Berichterstattung in der Presse; Politiker und Prominente würden wie „Freiwild“ behandelt. Sie regte daher ein Gespräch mit dem Presserat an, um solche Mißstände auszuräumen. Roland Appel von der Fraktion DIE GRÜNEN befürchtete hingegen, daß durch Druckausübung auf die Presse Änderungen nicht zu erreichen, eher kontraproduktive Wirkungen zu erwarten sind.

Der Ausschuß befaßte sich mit den politischen Schwerpunkten der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode, die den

Innenausschuß betreffen. Als das wichtigste Gesetzgebungsvorhaben bezeichnete der Innenminister die Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes NRW zur Anpassung an die Erfordernisse des Volkszählungsurteils. Die Frage des innenpolitischen Sprechers der Fraktion der CDU, Heinz Paus, nach der Zielrichtung der vorgesehenen Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes beantwortete Staatssekretär Wolfgang Rietze so, daß auf kommunaler Ebene aufgetretene Schwierigkeiten und Probleme im Automationsbereich (hier besonders bezüglich des Beginns der begleitenden Mitbestimmung) ausgeräumt werden sollten. Auch würde eine Verlängerung der Wahlzeit der Personalratsmitglieder erwogen.

Dr. Schnoor nannte als weitere Gesetzgebungsschwerpunkte die Neuordnung der Kommunalverfassung, eine Neukonzeption der Flüchtlingspolitik und die Hilfe für die neuen Bundesländer beim Verwaltungsaufbau. Ferner sollen die Ausstattung der 220 Polizeiwachen mit PCs und Textkommunikationsmitteln erreicht, Ausbildungsreform und Funktionsbewertung der Polizei durchgeführt und eine Erweiterung der Kompetenzen des Landeskriminalamtes vorgenommen werden.

Abschließend berichtete ein Vertreter der Staatskanzlei über die Verhandlungen ihres Sonderbeauftragten Hans-Jürgen Wisch-

newski mit Vertretern jugoslawischer Stellen zur Rückführung und Reintegration abgelehnter jugoslawischer Asylbewerber. Die jugoslawische Zentralregierung habe sich bereit erklärt, der Volksgruppe der Roma angehörige Flüchtlinge aufzunehmen, die in ihr Land zurückkehren wollten. Dabei gehen die Rückführaktionen zu Lasten des Landes, eine Anlaufstelle zur Betreuung der Rückkehrer solle mit Landeshilfe eingerichtet und unterhalten werden. Hilfestellung wird auch angeboten zur Beseitigung der ethnischen und sprachlichen Probleme der Roma-Kinder in Kindergärten und Schulen, bei der Bereitstellung von Unterkünften sowie der Arbeitsplatzbeschaffung.

Sogwirkung befürchtet

Ein späteres finanzielles Engagement seitens der Bundesregierung, die dem nordrhein-westfälischen Angebot Pilotprojekt-Charakter beimißt, sei nicht ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang betont Vera Dedanwala (SPD) die Notwendigkeit der Gleichbehandlung dieser Flüchtlinge in allen Bundesländern, um eine Sogwirkung für das Land wegen zu erwartender Rückkehr- und Reintegrationshilfen auszuschließen. Staatssekretär Wolfgang Rietze entgegnete, die neue Flüchtlingspolitik habe zuerst das Ziel, durch die Gewährung von „Bleibehilfen“ Anreize zum Verweilen im eigenen Lande zu schaffen. Roland Appel wies auf die Unterschiede der Roma aus verschiedenen jugoslawischen Regionen hin und fragte nach der Absicht, mit den betroffenen Ländern bestimmte Abkommen zu unterzeichnen. Edgar Moron (SPD) erinnerte an das ausdrückliche Lob, welches Bundesinnenminister Schäuble der nordrhein-westfälischen Initiative ausgedrückt habe, und erkundigte sich nach Erkenntnissen, ob die Volksgruppe der Roma in den jugoslawischen Provinzen unterschiedlichen Verfolgungsdruck verspüre. Staatssekretär Rietze wies auf in den Regionen unterschiedlich starke Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen hin. Politische Verfolgung sei direkt nicht feststellbar, eher eine wirtschaftliche Not, von der aber auch andere Volksgruppen betroffen seien.

Servicebetrieb für Forschung und Lehre

Das Ziel des Kölner Universitätskanzlers, die Hochschulverwaltung zu einem Servicebetrieb für Forschung und Lehre zu formen, will Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) fördern. Sie betont, daß es sich dabei nicht um eine Strukturveränderung handle, vielmehr um eine sich an den modernen Dienstleistungsbetrieben orientierte Gesamtkonzeption. Die Schwerpunkte lägen bei der Organisation, den Personalfragen und dem Einsatz der Informationstechnik in der Verwaltung. Der Umfang einer sachlichen und personellen Unterstützung könne noch nicht genannt werden. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten Marita Rauterkus spricht die Ministerin auch in Hinsicht auf einen internationalen Spitzenplatz in der Forschung und Lehre von der Notwendigkeit eines modern verwalteten Wissenschaftsbetriebes (Drs. 11/507).



Mitglieder des Innenausschusses im Institut für öffentliche Verwaltung. In der rechten Bildmitte der Ausschußvorsitzende Egbert Reinhard, links neben ihm Innenminister Schnoor.

Garagenverordnung Für Frauen mehr sichere Parkplätze

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat unter dem Vorsitz von Erwin Pfänder (SPD) auf seiner letzten Sitzung Ende Oktober sich nicht nur über die Gestaltung des Landtagsumfeldes informieren lassen, sondern auch weitere Tagesordnungspunkte beraten. — Wir setzen damit die Berichterstattung aus der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ fort.

Begrüßt wurde vom Ausschuß die von Staatssekretär Joachim Westermann angekündigte Änderung der Modernisierungsbedingungen bei den Betriebskosten. Unbeachtlich objektiver Schwierigkeiten, Modernisierungen im Augenblick durchzuführen, habe sich ergeben, daß die starre Festlegung der Betriebskosten auf eine Obergrenze von 1,50 Mark/m²/Monat auf zehn Jahre möglicherweise den stockenden Abfluß der Mittel als eine Ursache mitbewirkt haben könne. Deshalb sei mit sofortiger Wirkung dieser Passus aufgehoben. Demnach gelte an 1. November, daß Betriebskosten, die die Obergrenze übersteigen würden, auch abgerechnet werden könnten. Diese Lösung wurde von den Sprechern von SPD und CDU begrüßt. Außerdem, so Vorsitzender Erwin Pfänder, sollte auch weiterhin der Markt beobachtet werden, und man solle rasch auf veränderte Bedingungen eingehen. Weiter lag dem Ausschuß der Entwurf der Garagenverordnung vor, den die Mitglieder im Hinblick auf Anforderungen an Frauenparkplätze zunächst noch einmal an die Landesregierung zurückgegeben hatten. Inzwischen hatte die Landesregierung eine einvernehmliche Formulierung zur Ergänzung der Verordnung vorgelegt. Danach ist künftig vorgesehen, daß allgemein zugängliche geschlossene Großgaragen im Bereich der Garagenzufahrt einen Raum für Aufsichtspersonen (Garagenwart) haben müssen. Weiter regelt die Verordnung, daß nunmehr auch eine ausreichende Anzahl von Garageneinstellplätzen vorzuhalten ist, die ausschließlich der Benutzung durch Frauen vorbehalten sind. Diese Frauenparkplätze sind als solche kenntlich zu machen. Sie sollen in der Nähe der Zufahrt so angeordnet sein, daß sie vom Garagenwart eingesehen oder durch Videokameras überwacht werden können. Im Bereich der Frauenparkplätze sind in ausreichender Zahl gut sichtbare Alarmmeldeanlagen anzubringen. Die zu den Frauenparkplätzen führenden Treppenträume müssen durch Videokameras überwacht werden können. Über die Erfahrungen mit der Einrichtung von Frauenparkplätzen soll die Landesregierung dem Ausschuß in einhalb Jahren einen Erfahrungsbericht vorlegen.

Abschließend befaßte sich der Ausschuß mit den von den Fraktionen der CDU und SPD vorgelegten Anträgen zur Verbesserung und Verstärkung der Wohnungsbauförderung. Die Mitglieder einigten sich, daß Modelle der vereinbarten Förderung aus Baden-Württemberg und Hessen ebenso vorgelegt werden sollen wie die von der CDU in ihrem Antrag zugrunde gelegten Grunddaten für diesen Förderungsweg. Ansonsten waren sich alle Mitglieder des Ausschusses einig, daß die finanziellen Fragen im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diskutieren sind.

Zweiter Tag der Anhörung zum 5. Jugendbericht Junge Expertin: Mädchenförderung muß Thema jeder Ausschusssitzung werden

Der zweite Tag der Anhörung des Jugendausschusses unter dem Vorsitz von Erich Heckelmann (SPD) zum fünften Jugendbericht der Landesregierung und zum Entwurf der Landesregierung für ein Erstes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG-KJHG) brachte am 25. Oktober die Befragung von Wissenschaftlern, Experten und Vertretern der Jugendämter. Wir setzen damit den Bericht aus der letzten Nummer von „Landtag intern“ fort.

Dr. Ulrich Preis, Forschungsinstitut für Sozialrecht der Universität Köln, beschränkte sich in seiner Stellungnahme auf den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ausführung des KJHG. Das Verfahren bei der Ausführungsgesetzgebung zum KJHG, den organisatorischen Bereich vorzuziehen und den Leistungsbereich zu einem späteren Zeitpunkt zu regeln, halte er für sachlich nicht geboten und jugendhilfrechtlich nur bedingt sinnvoll. Es sei nicht erforderlich, daß das Ausführungsgesetz bereits am 1. Januar 1991 zeitgleich mit dem KJHG in Kraft treten müsse. Es reiche auch aus, die Bestimmungen des AG-KJHG redaktionell anzupassen. Die Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse und der Landesjugendhilfeausschüsse habe zudem bis zu den nächsten Kommunalwahlen Zeit. Dr. Richard Münchmeyer wies auf die regionalen Unterschiede im Bereich der Jugendhilfe hin und empfahl in diesem Zusammenhang, den Jugendbericht stärker regional zu differenzieren. Im Zusammenhang mit den im 5. Jugendbericht dargestellten wesentlichen Entwicklungen in der Veränderung von Kindheit, Jugend und Familie führte er aus, daß es in den letzten Jahrzehnten zu einer Pluralisierung von Lebenslagen gekommen sei. Die Jugendphase habe sich erheblich verlängert und sei mit den Problemen der alltäglichen Lebensbewältigung belastet.

Ansprechpartner gesucht

Dieter Greese, Arbeiterwohlfahrt Niederrhein, stimmte hinsichtlich der Einschätzung der Grundsatzfragen der Jugendarbeit mit Münchmeyers Ausführungen überein. Berücksichtigt werden müsse seines Erachtens im Rahmen der Jugendhilfeplanung, daß Jugendliche im Bereich der Jugendarbeit geeignete Ansprechpartner suchten. Zur Erstellung der Jugendberichte bemerkte er, daß möglicherweise die im Zusammenhang mit dem Bericht erstellten Expertisen zu wenig Berücksichtigung gefunden hätten. Die Erstellung eines Berichtes für zwei oder drei Legislaturperioden durch eine unabhängige Expertenkommission halte er für sinnvoller als das bisherige Verfahren. Zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher nahm Erzüment Toker, Sprecher des Arbeitskreises Ausländerarbeit im DPWW des Landes, Stellung. Viele ausländische Mitbürger und insbesondere deren Kinder seien nicht mehr Ausländer im eigentlichen Sinne; sie seien vielmehr Bürger mit nichtdeutscher Herkunft. Das neue Ausländergesetz sei in diesem Zusammenhang eine Enttäuschung, weil es weit hinter dem Notwendigen und Gebotenen zurückbleibe, die Enttäuschung sei gerade bei den direkt betroffenen Jugendlichen sehr groß. Günter Humpe-Waßmuth, Leiter des Jugendamtes Duisburg, stimmte den im

Jugendbericht aufgezeigten Veränderungen in den einzelnen Lebensphasen Kinder und Jugendlicher zu. Die Verzahnung von Lebensabschnitten müsse auch eine Verzahnung der Institutionen und Verantwortlichkeiten folgen. Die deutliche Änderung der Familienkonstellation (mehr Ein-Eltern-Familien) und die Zunahme der Erwerbstätigkeit beider Elternteile erfordere vor dem Hintergrund der Vereinbarung von Kind/Familie und Beruf die Schaffung einer vielfältigen „Unterbringungskultur“, die den individuellen Bedürfnissen gerecht werde. Im Zusammenhang mit der Jugendhilfeplanung lehnte er eine landesgesetzliche Regelung ab, da sie die Aktivitäten vor Ort hemmen könnte.

Dr. Franz-Josef Schulte, Beigeordneter der Stadt Köln, sah in dem Gesetzentwurf zum KJHG eine pragmatische Lösung, da es nur die unbedingt notwendigen Regelungen enthalte, wichtige inhaltliche Regelungen seine geschoben worden. Die Regelung zur Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse begrüße er, da sie wie auch die bundesrechtliche Regelung im KJHG „offener“ sei und einen gesetzlichen Freiraum erhalte. Schließlich forderte er eine Ausweitung des Angebots an Tagespflegestellen für Kinder.

Juliane Hilbricht, Mitglied im Jugendhilfeausschuß und im Vorstand des Stadtjugendrings der Stadt Langenfeld, war die einzige weibliche und mit 19 Jahren zugleich jüngste Expertin; sie sprach sich dafür aus, an Stelle der Kirchen die Gleichstellungsauftragten in den Kreis der beratenden Mitglieder im Jugendhilfeausschuß aufzunehmen. Mädchenförderung und -politik müsse Gegenstand jeder Sitzung sein. Darüber hinaus forderte sie ein Stimmrecht für Jugendliche in den Ausschüssen und wünschte sich eine Einbeziehung von Jugendlichen unter 18 Jahren bei der Erarbeitung der Jugendberichte.

Prof. Dr. Wolfgang Tietze, Freie Universität Berlin, konzentrierte sich in seiner Stellungnahme auf die Tagesbetreuung von Kindern im vorschulischen Alter. Er stimme mit vielem überein, was dazu im Jugendbericht ausgeführt sei, wies aber auf die Notwendigkeit realistischer Berechnungsmodalitäten für die Bestimmung von Versorgungsquoten hin. Der Jugendbericht gehe von einer 80prozentigen Versorgungsquote von Kindern unter drei Jahren aus; aufgrund des tatsächlichen durchschnittlichen Schuleintrittsalters ergäben sich in der Realität Verschiebungen, so daß die tatsächliche Versorgungsquote nur bei etwa 70 Prozent liege. Die verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen erforderten eine Aufbesserung des Platzangebots, insbesondere der Ganztagsplätze. Er empfahl zu prüfen, ob nicht auf Landesebene ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Wohnbereich formuliert werden könne.

Ausschuß „Mensch und Technik“ in Bonn

Expertensysteme können nicht allein von Technikern verantwortet werden

Zu einem Erfahrungsaustausch mit der Bonner Enquete-Kommission traf sich der Ausschuß „Mensch und Technik“ am 2. November im Bundestag mit Edelgard Bulmahn MdB (SPD), stellvertretende Vorsitzende der Bonner Enquete-Kommission, und Professor Dr. Herbert Paschen, sachverständiges Mitglied der Kommission. Das Vorbild aller parlamentarischen Aktivitäten zur Technikbewertung ist das 1972 gegründete Office of Technology Assessment (OTA) in Washington. Ebenso wie die amerikanischen Kolleginnen und Kollegen, erwarteten die Mitglieder des Deutschen Bundestages durch die 1985 eingerichtete Enquete-Kommission „Technikfolgenabschätzung und -bewertung“ eine bessere Qualität der Entscheidungsgrundlagen bei technologiepolitischen Themen. Im März 1987 hat der NRW-Landtag als erstes Länderparlament in der Bundesrepublik eine vergleichbare Kommission „Mensch und Technik“ eingesetzt, deren Nachfolge der in dieser Legislaturperiode eingesetzte Ausschuß „Mensch und Technik“ ist.

Frau Bulmahn berichtete über die Erfahrungen der Enquete-Kommission. Im Unterschied zum NRW-Landtag kamen die Forderungen nach einer „Technikfolgenabschätzung“ immer aus den Reihen der Opposition. Schließlich einigte man sich auf die Einrichtung eines Technikfolgenabschätzungsbüros (TAB), das an den Ausschuß für Forschung und Technologie des Bundestages angebunden ist. Professor Paschen, seit einigen Wochen Leiter des Technikfolgenabschätzungsbüros beim Deutschen Bundestag, skizzierte die Grundidee der Technikfolgenabschätzung. Es handelt sich dabei um ein Instrument der Politikberatung, das die Entscheidungsgrundlagen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier verbessert, aber die

Verantwortung bei der Politik beläßt. Eine bestimmte Methode, Technikfolgen zu identifizieren und zu bewerten, gibt es nicht, sondern eher ein ganzes Bündel unterschiedlicher Methoden. Aus der Tatsache, daß stets mehrere wissenschaftliche Disziplinen an diesem Prozeß beteiligt sind, folgt auch ein Großteil der Schwierigkeiten, Technikfolgenabschätzung zu organisieren. Zur Technikbewertung gehört auch, daß betroffene gesellschaftliche Gruppen beteiligt werden. Das Ziel ist letztlich die Formulierung entscheidungsfähiger Optionen in der Technologiepolitik.

Professor Dr.-Ing. Klaus Henning und Paul Fuchs (beide RWTH Aachen) haben in Anlehnung an ihr Gutachten über die Perspektiven parlamentarischer Arbeit im

Bereich „Mensch und Technik“ im nordrhein-westfälischen Landtag drei wesentliche Aufgaben formuliert:

1. Kontrolle und Anregungen für die Technologiepolitik der jeweiligen Exekutive, insbesondere im Bereich der Forschungs-, der Wirtschafts-, der Struktur- und der Umweltpolitik;
2. Erarbeitung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Technikgestaltung (entsprechend den Kompetenzen des Landtags);
3. Erarbeitung grundsätzlicher Beiträge zur Orientierung des Parlaments und anderer Akteure über künftige technische Entwicklungen.

Als Rahmenbedingungen einer parlamentarischen Technikbewertung bedarf es nach ihrer Ansicht eines engen Gedankenaustausches des Parlaments mit denjenigen, die in Industrie und Wissenschaft mit Technikentwicklungen befaßt sind, da nur so das notwendige Know-how für eine verantwortungsbewußte Technikfolgenabschätzung zu erwerben ist. Ebenso wichtig ist die Einbeziehung betroffener gesellschaftlicher Gruppen, damit einerseits dem Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie genüge getan wird, und andererseits Diagnose und Bewertung durch Verbreiterung der Informationsbasis und Problemwahrnehmung ermöglicht werden.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist der Arbeitsauftrag des Ausschusses „Mensch und Technik“ vom Prinzip her längerfristig angelegt, um die Thematik der Technikgestaltung und Folgenabschätzung kontinuierlich aufarbeiten zu können. Die Fortsetzung nächste Seite

Arbeitsmarktprobleme im Frauenausschuß

Jüngere Frauen häufiger erwerbstätig

Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bildete den Schwerpunkt der Beratungen des Ausschusses für Frauenpolitik am 26. Oktober unter Leitung von Marie-Luise Morawietz (SPD). Die Beratung erfolgte auf der Grundlage einer Sonderuntersuchung des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen, das von Dr. Eva Kronenwett-Löhrlein und der Beauftragten für Frauenbelange, Ulrike Wenner, vertreten wurde.

Die statistischen Erhebungen haben gezeigt, daß die Frauenerwerbsquote in den vergangenen Jahren gestiegen ist. Fast jede zweite Frau im erwerbsfähigen Alter in Nordrhein-Westfalen ist auch tatsächlich erwerbstätig; 60 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen sind unter 40 Jahre alt. Der Trend zur Teilzeitarbeit — besonders bei Frauen über 30 Jahren — hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt. Entsprechend hoch ist der Anteil der „Teilzeitarbeit-Suchenden“ unter den arbeitslosen Frauen. Vergleichsweise gut schneiden die Frauen aber auch bei den Vollzeit Arbeitsplätzen ab. Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors zurückzuführen. Zu den beliebtesten Berufen gehören mittlerweile die Einzelhandels-, Hotelfach- und Versicherungskauffrau, negative Tendenzen verzeichnen der Beruf der Apothekenhelferin, Textilverufe und die Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe (soweit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung). Gestiegen ist auch der Anteil von Frauen im Rahmen von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und der betrieblichen Ausbildung. Insgesamt hat die Sonderuntersuchung ergeben, daß Frauen verstärkt ihr Recht ein-

fordern, qualifizierte Berufstätigkeit und Familie miteinander zu verbinden. Trotz der positiven Entwicklungen sind Frauen auch weiterhin überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, die jedoch bei den gewerblichen Berufen ausgeprägter ist als bei den Dienstleistungsberufen. Besonders problematisch ist die Arbeitsmarktsituation für ausländische Mädchen und Frauen, einen wesentlichen Anteil stellen in jüngster Zeit die Aus- und Übersiedlerinnen.

Die Ausschußmitglieder begrüßten die Datenanalyse als wichtige Grundlage für die Arbeit im Ausschuß. In der anschließenden Diskussion regte die Sprecherin der Fraktion der SPD, Brigitte Speth, an, vor dem Hintergrund des entspannten Ausbildungsmarktes die Ausbildungsprogramme des Landes verstärkt für die Ausbildung schwervermittelbarer Jugendlicher, insbesondere Mädchen einzusetzen. Auf die Frage nach der Arbeit der Regionalstellen „Frau und Beruf“ stellte die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers, fest, daß die Kooperation zwischen den Regionalstellen und den Arbeitsämtern gut funktioniere, räumte aber ein, daß die Zusammenarbeit mit Betrieben und Unternehmen weniger gut sei.

Regina van Dinther, Sprecherin der CDU,

wies auf die Probleme hin, die junge Mütter bei der beruflichen Wiedereingliederung mit den Arbeitsämtern hätten. Einvernehmen bestand darüber, daß Fortbildungs-, Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen zu kinder- und familienfreundlichen Zeiten stattfinden und im Rahmen der Maßnahmen Kinderbetreuungsmöglichkeiten angeboten werden müßten. Die frauenpolitische Sprecherin der F.D.P., Ruth Wittler-Koch, interessierte die Beratung und Information von Mädchen und Frauen im Hinblick auf die Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich. Dazu wies das Landesarbeitsamt auf eine umfangreiche Materialsammlung hin, die Materialsammlung werde bundesweit zur Verfügung gestellt. Allerdings könnten die Maßnahmen der Arbeitsämter zeitlich gesehen erst vergleichsweise spät greifen; die Berufsorientierung müsse sehr viel früher und breiter als bisher erfolgen.

Marianne Hürten, Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, bedauerte, daß mittlerweile viele Frauen in qualifizierten Berufen ausgebildet würden, sie dann aber nach der Ausbildung nicht übernommen würden. Bezüglich der Datenanalyse des Landesarbeitsamtes regte sie an, die Erhebungen im kommenden Jahr auch auf den Bereich der ungeschützten Arbeitsverhältnisse auszuweiten. Der Ausschuß äußerte schließlich einmütig den Wunsch, die Daten nicht nur für das Land insgesamt, sondern soweit möglich, auch für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke aufzubereiten.

Anhörung 22. Februar

Zum Thema „Frauen in der Weiterbildung“ führt der Ausschuß für Frauenpolitik am 22. Februar 1991 eine Anhörung durch.



Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD)

Friedhelm Farthmann wird 60 Jahre

Seinen 60. Geburtstag begeht der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, am 25. November. Der langjährige Minister im Kabinett Rau hatte erst kürzlich wieder im Rampenlicht gestanden, als er sich dem Ruf seiner Partei nicht verschloß und bei den Landtagswahlen in Thüringen kandidierte. Ihm gelang dabei, wie berichtet, die Stellung der SPD zu verbessern. Friedhelm Farthmann stammt aus Bad Oeynhausen. Nach dem Gymnasium und dem Abitur im Jahre 1952 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen. 1956 erfolgte das erste Staatsexamen am Oberlandesgericht Oldenburg, 1957 die Promotion an der Universität Göttingen und 1961 die zweite große Staatsprüfung in Düsseldorf. Von 1958 bis 1959 war Farthmann Assistent an der Sozialakademie Dortmund, in den beiden darauffolgenden Jahren in gleicher Eigenschaft an der Universität Heidelberg. Von 1961 bis 1965 arbeitete er als Referent im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften in Düsseldorf. Von 1965 bis 1971 war er Leiter der Abteilung Mitbestimmung, später der Abteilung Gesellschaftspolitik im Bundesvorstand des DGB, seit 1971 Geschäftsführer des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1973 erhielt Friedhelm Farthmann einen Ruf als Honorarprofessor an die Freie Universität Berlin. Von 1975 bis 1985 war er Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW. Seit 1985 führt er die SPD-Landtagsfraktion. Der SPD gehört der Spitzenpolitiker seit 1958 an und gewann bei der letzten Landtagswahl, viel beachtet, erneut den Wahlkreis 50 Neuss I direkt, in einer Region also, die traditionell eine konservative Wählerstruktur ausweist. Professor Farthmann ist seit 1985 Mitglied des SPD-Parteirates und seit 1986 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, wo er der Kommission Organisationspolitik und politische Bildung angehört. Er zählt ferner als kooptiertes Mitglied zu den SPD-Landesvorständen von Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Friedhelm Farthmann ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Literatur

Technikfolgen-Dialog: schwierig, aber wichtig für politische Kultur

Praxis-Beispiele, von Manfred Mai gesammelt

„Von einer aktiven Gestaltung der Medientechnik aufgrund politischer Vorgaben kann keine Rede sein“, stellt Manfred Mai im Vorwort eines Sammelbands von Beiträgen zum Thema „Sozialwissenschaften und Technik“ fest, nachdem er als Beispiel aus der Praxis vorgetragen hat: Durch die Satellitentechnik seien politische Diskussionen über den kommerziellen Rundfunk zu einem Sandkastenspiel geworden. Das macht deutlich, worum es bei dem zähen Ringen um Technikfolgen-Bewertung durch Parlamente geht: um stärkere Einflußnahme im Vorfeld, damit politisches Handeln nicht zur Reparaturinstanz für neue technische Zwänge werde.

Wer nicht mehr nachträglich Korrekturen anbringen wolle, müsse in den Entwicklungsprozeß neuer Technologien und Arbeitsformen mit seinen Interessen eingreifen, meint folgerichtig einer der Praktiker, die in dem Band ihre Erfahrungen schildern. Eines seiner Beispiele, bei denen die Technologie-Beratungsstelle (TBS) des DGB Hessen um Rat gefragt wurde: Unternehmen der Metallindustrie plant Schließung unrentabler Betriebsteile mit Entlassung mehrerer hundert Beschäftigten in strukturschwacher Region. Betriebsrat bittet die TBS um Hilfe bei Alternativen, das heißt Produktlinien, die die Arbeitsplätze sichern würden. Folgende Kriterien werden von der TBS aufgestellt:

- noch nicht gedeckter, aber vorhandener Bedarf neuer Produkte,
- sozial nützliche und umweltverträgliche Produkte,
- Beitrag zu besseren Lebensbedingungen in der Region, etwa bei Energieversorgung, Abfallbeseitigung, weniger Schadstoffen,
- menschengerechte Fertigung.

Beim Bemühen der Betriebsräte Alternati-

ven zu finden, wurden folgende Schritte ermittelt: Informationsbeschaffung, Analysen und neue Konzepte, Betriebsvereinbarungen: Probleme, mit denen Betriebsräte vor Ort häufig nicht fertig werden und vor denen sie sich dann in Ablehnung, Resignation und Verzögerung flüchten.

Schon beim ersten Problem wurde deutlich, wie der Alltag häufig aussieht! Über neue Techniken, bei denen Unterrichtungspflicht laut Betriebsverfassungsgesetz besteht, informieren Unternehmensleitungen häufig: zu spät; ausschnitthaft, wobei Komplexität nicht erkannt wird; nur mündlich, was nicht ausreicht; durch Überflutung mit Material, das nicht ausgewertet und aufbereitet ist, zögerlich, um weitere Fakten zu schaffen; offensiv; ausführlich über weniger bedeutende Technikbereiche, um abzulenken.

Um die Informationspolitik der Unternehmensleitungen zu durchschauen, sei, so das Fazit der TBS-Erfahrungen, interdisziplinäre Schulung erforderlich. Erst nach ausreichender Auswertung der Informationen kann ein alternatives Konzept entwickelt werden, für dessen Durchsetzung mit dem Ziel einer Betriebsvereinbarung wiederum langwierige Verhandlungen geführt werden müssen. Präventive Technikgestaltung nach sozial und ökologisch verträglichen Kriterien erfordere bei den Gewerkschaften neue Handlungs- und umfassendere Denkansätze, heißt es abschließend in dem TBS-Bericht.

Ein neues Selbstverständnis und eine eigene Arbeitsweise der Abgeordneten ist auch bei der Technikbegleitung durch Parlamente angezeigt. Heiderose Kilper, die als Assistentin der ersten Technikfolgen-Kommission des NRW-Landtags Erfahrung sammelte, hält einen diskursiven Politikstil für eine wichtige Voraussetzung bei der vermittelnden Rolle von Parlamentariern, neben ausreichender Finanzausstattung für wissenschaftlichen Sachverstand. Als Moderator im öffentlichen Technikfolgen-Dialog, als Anlaufstelle für Betroffene und für Minderheitenmeinungen unter Experten kommt nach ihrer Meinung neue Bedeutung auf Parlamente und ihre politische Kultur zu.

Auch auf die Verbände von technikbestimmten Berufen kommen neue Aufgaben in dieser Hinsicht zu, wie Manfred Mai in seinem Beitrag herausstellt. Um die Vermittlung zwischen Technikwissen und Politikgestaltung bemühen sich seit langem die Sozialwissenschaften. Aber solange auch ihre Vertreter die Brücke nur mit langatmigen Erklärungen und Erläuterungen wie in diesem Band betreten, werden auch sie mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen haben. mmg (Manfred Mai, Sozialwissenschaften und Technik, Beispiele aus der Praxis, Verlag Peter Lang, Frankfurt, 386 S. 97 Mark)

Expertensysteme...

Fortsetzung von Seite 16

Arbeitsinhalte dürfen sich nicht auf einen Technikbereich beschränken, sondern sollten möglichst Technikfelder umfassen, die als sogenannte Querschnitts-Technologien Auswirkungen in vielen Bereichen haben.

Professor Dr. Günter Ropohl (Universität Frankfurt) wandte sich entschieden gegen die gelegentlich anzutreffende Auffassung, daß Technikbewertung ein Instrument der Akzeptanzbeschaffung sei. Für Ropohl ist Technikbewertung nicht nur ein Instrument der Politikberatung, sondern vor allem auch eines der Technikentwicklung in den Unternehmen, wo der überwiegende Teil technischer Systeme hergestellt wird. Technische Entwicklungen ergeben sich aus einem Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Was dabei in Systemen entwickelt wird, kann nicht allein von einzelnen seiner Elemente, sei es die Wirtschaft oder die Politik, verantwortet werden. Systemverantwortung erfordere eine geeignete Organisationsform, für die wiederum ein pluralistisch organisierte Technikbewertung beitragen könnte.

Die Referate und zusammengefaßten Diskussionsbeiträge dieser Klausurtagung werden veröffentlicht, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden, Unternehmen und Experten zur Teilnahme an den Diskussionen über die Technikentwicklung aufzufordern.

SPD-Fraktion

CDU-Opposition im Landtag gegen mehr Gerechtigkeit

Die Landesregierung hat im Landtag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vorgelegt, der eine gleichmäßigere Verteilung der ausländischen Flüchtlinge bewirken und die Belastungssituation in vielen Gemeinden und Städten unseres Landes abmildern soll.

Dieses Hilfsangebot an überbelastete Städte und Gemeinden diffamiert die CDU-Opposition im Landtag mit der Behauptung, die beabsichtigte Entlastungsverteilung sei verfassungswidrig. Tatsache ist aber, daß mit dem neuen Gesetz erreicht werden soll,

daß alle Städte und Gemeinden gleichbehandelt werden sollen und bei der Aufnahme von Asylbewerbern auch Berücksichtigung finden muß, wie viele Aussiedler und sogenannte de-facto-Flüchtlinge bereits Aufnahme gefunden haben.

Die CDU-Opposition im Landtag wendet sich damit bewußt gegen die Interessen der Bevölkerung in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes. Sie verkennt, daß sich angesichts seit Jahren anhaltender, gar steigender Zugangszahlen die Aufnahmekapazität vielerorts erschöpft hat.

★

Die SPD-Landtagsfraktion hat in einer energiepolitischen Debatte konkrete Auflagen für das Engagement nordrhein-westfälischer Energiekonzerne in den fünf neuen ostdeutschen Ländern gefordert. „Neue Kraftwerke dort dürfen nur genehmigt werden, wenn sie

mit Kraft-Wärme-Kopplung konzipiert sind“, erklärte Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann. Angesichts einer drohenden Klimakatastrophe sei alles andere nicht mehr zu verantworten.

Gleichzeitig beschloß die SPD-Fraktion einen Antrag, mit dem die Landesregierung vom Landtag aufgefordert werden soll, ein Energieszenario für Nordrhein-Westfalen zu erstellen. „Wir halten fest an einer Energiepolitik ohne Kernkraft“, unterstrich Friedhelm Farthmann. Deshalb müßten alternativ Möglichkeiten rationeller Energieerzeugung und sparsamer Energienutzung aufgezeigt werden. Eine Klimakatastrophe werde durch intelligente Energienutzung und durch drastische Einsparungsmaßnahmen verhindert, nicht aber durch eine Renaissance der Kernenergie. Zur Klimasituation werde seine Fraktion ein Hearing im Landtag vorsehen, kündigte der Fraktionsvorsitzende an.

CDU-Fraktion

Erhöhung der Elternbeiträge um 60 Prozent unsozial

Die von der SPD vorgeschlagene Erhöhung der Kindergartenbeiträge der Eltern in Höhe von rund 60 Prozent hat der CDU-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Helmut Linssen, als „unzumutbar und unsozial“ abgelehnt. Schon heute leisteten die nordrhein-westfälischen Eltern mit rund 200 Millionen Mark jährlich einen erheblichen finanziellen Beitrag. Linssen:

„Der Kindergarten gehört zum Elementarbereich des Bildungswesens und muß sich durch den Elternbeitrag von den anderen Einrichtungen unterscheiden. Es ist geradezu ein Bubenstück, daß die SPD, die die Landtagswahl 1980 u. a. mit dem Versprechen gewonnen hat, die Elternbeiträge abzuschaffen, nunmehr eine nahezu 60prozentige Erhöhung der Beiträge ankündigt. Dies machen wir nicht mit.“

Auf Ablehnung bei der CDU stößt die ebenfalls von der SPD angekündigte Pauschalierung der Betriebs- und Investitionskostenförderung des Landes. Die pädagogische Qualität der Kindergärten ist gefährdet, wenn das Land — wie geplant — sich aus seiner finanziellen Verantwortung verab-

schiedet und den Jugendämtern und den Trägern enorme finanzielle Restrisiken aufbürdet. Das ist schon ein tolles Stück: Die SPD verkündet Programme — aber die Kosten sollen, bitte schön, andere tragen. So geht es nicht!

Linssen sagte, daß die Ankündigung der SPD, den enormen Notstand im Kindergartenbereich, den sie vor Monaten noch heftigst als „Wahlkampferfindung der CDU“ bestritten haben, durch die Schaffung von „mindestens“ 100 000 zusätzlichen Plätzen zu beheben, mit vielen Fragezeichen auch deshalb zu versehen sei, da auch nicht annähernd eine gesicherte Finanzierung des Vorhabens vorgelegt worden sei.

F.D.P.-Fraktion

Behandlung von Quoten-Stopp-Gesetz verhindert

Mit ihrer Mehrheit im Ältestenrat des Landtages hat die SPD eine schnelle Beratung des Quoten-Stopp-Gesetzes verhindert. Die F.D.P.-Fraktion hatte mit ihrem Gesetzentwurf eine schnelle Außerkraftsetzung des Frauenförderungsgesetzes angestrebt und beantragt, diesen Gesetzentwurf wegen der Eilbedürftigkeit noch in die November-Plenarsitzung aufzunehmen.

Damit sollte schnell die Konsequenz aus der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts

Münster zur Verfassungswidrigkeit der Quotenregelung gezogen werden. Die F.D.P. hatte daher ein Quoten-Stopp-Gesetz in den Landtag eingebracht, durch das der Vollzug des verfassungswidrigen Frauenförderungsgesetzes NRW ausgesetzt werden soll. Damit sollte verhindert werden, daß bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in NRW Beförderungen weiterhin aufgrund des verfassungswidrigen Gesetzes vorgenommen werden.

Die F.D.P. hatte betont, daß schon aus Achtung vor dem Grundgesetz der Landtag nicht warten dürfe, bis das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Verfassungswidrigkeit des Frauenförderungsgesetzes endgültig bestätigt und die Quoten für nichtig erklärt.

Um schon für die Dauer des Verfahrens vor

dem Bundesverfassungsgericht Rechtssicherheit zu schaffen und den Rechtsfrieden in den Verwaltungen wieder herzustellen, sollte das Frauenförderungsgesetz sofort außer Kraft gesetzt werden. Das kann nur durch ein Gesetz erfolgen, deshalb hat die F.D.P. das Quoten-Stopp-Gesetz eingebracht.

Jetzt steht die Landesregierung vor den Trümmern ihrer Frauenpolitik — weil sie statt tatsächlicher Verbesserungen für Frauen lieber mit dem Recht jongliert hat. Sie hat dabei nur Unruhe und Verbitterung in die Beamenschaft getragen und den Frauen keinen Dienst erwiesen.

Nun wird das Quoten-Stopp-Gesetz in der Plenarsitzung des Landtags am 12., 13. und 14. Dezember 1990 auf der Tagesordnung stehen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Landesarbeitsamt verschlei-ert Frauenerwerbslosigkeit

Ende Oktober stellte das Landesarbeitsamt seine Untersuchung „Frauen und Arbeitsmarkt“ vor und lobte den „Beschäftigungshöchststand“ bei Frauen. So positiv das ist, suggeriert es doch ein geschöntes Bild. Denn in den letzten Jahren sind zugleich immer mehr Frauen erwerbslos geworden. Der kleine Rückgang des Jahres 1989 kann die Steigerungen der Vorjahre nicht ausgleichen.

Die Frauenerwerbslosigkeit stieg auch relativ zu der der Männer. Frauen sind die Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt. Wir nähern uns wieder den schlimmen Quoten zu Ende der siebziger Jahre. Besonders schlimm ist die Situation bei den Berufsrückkehrerinnen (Steigerung der Erwerbslosigkeit um mehr als das Doppelte) und den jungen Frauen, die ihre Ausbildung beenden (Steigerung um über 60 Prozent).

Nur für Frauen mit fast ununterbrochener Erwerbsbiographie hat sich die Situation leicht gebessert. In dieser erschreckenden Situation haben Frauen ein erhöhtes Interesse an Fortbildung und Umschulung in zukunftsträchtige Berufe. Aber zwei Drittel der Fördermaßnahmen der Arbeitsämter kommen Männern zugute.

Die eigentlich arbeitssuchenden, aber entmutigten Hausfrauen und Sozialhilfeempfängerinnen tauchen in der Statistik des Landesarbeitsamtes erst gar nicht auf. Genauso wie die vielen Frauen, die in nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen stehen. Wer die Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit von Frauen realitätsgerecht erfassen will, muß auch diese Teilstellen erfassen. Die grüne Landtagsabgeordnete Marianne Hürten hat die Landesregierung deshalb zu Untersuchungen aufgefordert, die die geschönten Zahlen des Landesarbeitsamtes korrigieren.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Ausländersendungen von ARD und ZDF sind „Brücke in die Heimat“

Die Ausländersendungen von ARD und ZDF erfüllen noch immer die wichtige Funktion einer „Brücke in die Heimat“. Zu diesem Ergebnis kommt Josef Eckhardt in seinem Bericht über „Massenmedien und Ausländer in Nordrhein-Westfalen“, der in den Media Perspektiven der ARD 10/1990 erschienen ist. Grundlage war eine Repräsentativhebung bei Italienern, Jugoslawen und Türken im Empfangsgebiet der Fremdsprachensendungen des WDR-Hörfunks im April 1990. Die angesprochenen Themenbereiche:

Zugang zu den massenmedialen Angeboten, Mediennutzung und Tagesablauf, Erwartungen gegenüber den Medienangeboten sowie Funktionen der Medien für die ausländischen Mitbürger. Die Erhebung orientierte sich im wesentlichen an einer Studie aus dem Jahr 1981, womit ein Vergleich über fast zehn Jahre hinweg möglich war. Einige der wichtigsten Ergebnisse: Ausländerhaushalte sind fast ebenso gut mit Hörfunk- und Fernsehgeräten ausgestattet wie deutschsprachige Haushalte. Auffällig stärker verbreitet sind in Ausländerhaushalten Videogeräte und Kassettenrecorder. Auch die Nutzung von Video- bzw. Musikkassetten ist bei Ausländern erheblich höher als bei Deutschen. Die Unterschiede im Tagesablauf zwischen deutschen und ausländischen Haushalten erklären darüber hinaus einige Abweichungen bei der Hörfunk- und Fernsehnutzung. Die speziell an Ausländer gerichteten Hörfunk- und Fernsehsendungen von ARD und ZDF erreichen eine große Akzeptanz bei ihren Zielgruppen. Die Bindung der ausländischen Zuschauer an diese Sendungen ist nach wie vor hoch.

★

Manfred Philipp, Generalmajor und Befehlshaber der Bundeswehr im Wehrbereich III (Nordrhein-Westfalen), hat sich nach sechsjährigem Kommando in Düsseldorf von der Truppe verabschiedet. Er tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Brigadegeneral **Manfred Würfel**. An Philipps Verabschiedung nahm auch der nordrhein-westfälische Justizminister **Dr. Rolf Krumtsiek** teil.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 2545, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Günther Einert (SPD)

„Ja, doch“, sagt Günther Einert nach nur ganz kurzem Zögern auf die Frage, ob auch er eine gewisse Trauer darüber empfinde, daß seine schlesische Heimat nun endgültig verlorenes Land sei. Obschon er als Fünfjähriger bereits nach Görlitz kam, heute Grenzstadt an der Neiße, kann er Gefühle von Heimatvertriebenen, an die unlängst Landtagsvizepräsident Hans-Ulrich Klose in seiner Parlamentsrede zur deutschen Einheit erinnerte, nachempfinden. Aber Einert führt sofort den Gedanken weiter, spricht davon, daß seine drei Kinder, alle schon längst selbst erwachsen, in ganz anderen Kategorien denken und in europäischen Grenzen nicht mehr Trennendes sehen. „Das ist die positive Botschaft. Das Haus Europa bekommt gerade jetzt neue Attraktivität.“

Mit diesen wenigen Sätzen charakterisiert der Mann, der heute für die Wirtschaftspolitik des stärksten Bundeslandes die erste Verantwortung trägt, sich gewissermaßen selbst: Gefühle darf man haben und sich dazu bekennen, doch sich dem Gefühl ganz überlassen, das darf man nicht. Dieses nur scheinbar einfache Rezept läßt sich auch auf sozialdemokratische Politik übertragen. Nach ihm haben viele Sozialdemokraten in Vergangenheit und Gegenwart gehandelt: Stimmungen der Menschen aufnehmen, ihren Sorgen und Ängsten nachspüren, aber dann so entscheiden, wie die Vernunft gebietet und es Umsicht und Rücksicht auf die Interessen anderer erfordern.

Günther Einert, mit einer kurzen Unterbrechung seit 1966 im Landtag und damit einer der erfahrensten Parlamentarier, legt es bei dem, was er tut und sagt, nicht unbedingt darauf an, überall Beifall einzuheimsen. Er sagt dem Kumpel, dem Stahlkocher, daß der Strukturwandel der Wirtschaft nie abgeschlossen ist und immer neue Herausforderungen bringt, und er mahnt ebenso die Verantwortung des Unternehmens und der Unternehmen für die Regionen und ihre Menschen an, in denen sie sich niedergelassen haben. Und Einert verschont auch Parteifreunde in anderen Landesregierungen nicht, wenn die Sache, um die es geht, dies erfordert. So forderte er erst unlängst in einer Debatte des Landtags die gesamtstaatliche Verantwortung Niedersachsens in der Frage der Endlagerung von atomarem Abfall ein. Gefallen hat dies dem Parteifreund Gerhard Schröder in Hannover nach dessen eigenem Bekenntnis ganz und gar nicht. Gleichwohl war es richtig und notwendig.

Die Wirtschaftspolitik des Landes, die auch immer Strukturpolitik sein muß, ist für den Sozialdemokraten Einert eine Aufgabe, die den Ausgleich der Interessen ebenso suchen muß wie die Einbindung aller in die Verantwortung. Daß eine so schwierige Phase der Umstrukturierung wie im letzten Jahrzehnt ohne allzu große

Verwerfungen bewältigt werden konnte, ist seiner Meinung nach ein Beweis dafür, daß größtmögliche Übereinstimmung gesucht und gefunden werden konnte. Die Rolle des Staates bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen in der Wirtschafts- und Strukturpolitik sieht Einert, der seine wissenschaftliche Ausbildung zum Nationalökonom in den USA und in Deutschland erst nach einer praktischen Lehr- und Arbeitszeit als Schlosser und Schweißer absolvierte, ganz nüchtern. Es kommt nach seiner Meinung weniger darauf an, daß der Staat mit finanziellen Anreizen lockt, sondern Unternehmen und Investoren müssen darauf setzen können, daß die Politik verlässlich ist, langfristige Perspektiven eröffnet.

Für diese Art von Wirtschaftspolitik steht Einert. Und er tut das Seine, bei anderen dafür um Unterstützung zu werben. Daß die Kammern des Handwerks und der Industrie sich ihrer Verantwortung für den Erfolg von Politik stellen, freut ihn ganz offensichtlich. Und ausgesprochen lobend erinnert er an den ermordeten Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen und den verstorbenen Veba-Vorstand Rudolf von Benningsen-Foerder, die maßgeblich dazu beigetragen hätten, daß der Initiativkreis Ruhrgebiet eine so große Signalwirkung entfalten konnte.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister geht davon aus, daß er eine große Übereinstimmung für eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Menschen und denen der Unternehmen gleichermaßen dient, auch künftig braucht. Denn neue Herausforderungen stehen vor der Tür. Die Elektronikbranche, jahrelang kraftstrotzend immer neue Umsatzrekorde meldend, fängt an, Arbeitsplätze abzubauen. Mit Subventionen ist dagegen nichts zu machen. „Keiner kann gegen den Markt ansubventionieren“, weiß der Minister. Doch die Wege freischlagen für neue Produkte, das kann in ständiger, gemeinsamer Anstrengung sehr wohl gelingen, wenn alle sich ihrer Verantwortung stellen.

Karl Lohaus

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 16. bis 25. November 1990

16. 11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 39 J.
 17. 11. **Heinrich Meyers** (CDU), 52 J.
 18. 11. **Marie-Luise Woldering** (CDU), 56 J.
 19. 11. **Siegfried Zellnig** (CDU), 49 J.
 22. 11. **Wilhelm Lüke** (CDU), 56 J.
 22. 11. **Karl Ernst Strothmann** (CDU), 62 J.
 24. 11. **Norbert Burger** (SPD), 58 J.
 25. 11. **Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD),
 60 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist zum Ehrenhäuptling der Colorado-Indianer in Ecuador ernannt worden. Neben Ruhrbischof **Dr. Franz Hengsbach** sei Rau der einzige Träger dieser Auszeichnung, teilte das Landespresseamt mit. Das Land hatte den Bau mehrerer Brücken in Ecuador unterstützt, wodurch sich die Lebensverhältnisse der Colorados, einer ethnischen Minderheit, deutlich verbesserten.

★

Franz-Josef Kniola (SPD), nordrhein-westfälischer Minister für Stadtentwicklung und Verkehr, ist neuer Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz. Die Verkehrsminister der Bundesländer wählten Kniola für zwei Jahre in dieses Amt.

★

Carla Boulboulé, Landtagsabgeordnete aus Düsseldorf, ist aus der SPD sowie der SPD-Landtagsfraktion ausgeschlossen worden. Frau Boulboulé wird im nordrhein-westfälischen Landtag künftig fraktionslos sein. Die Politikerin kandidiert bei der Bundestagswahl für eine Bürgerinitiative in Chemnitz. Nach der SPD-Schiedsordnung gilt die Kandidatur für eine konkurrierende Organisation als „Austritt aus der SPD“.

★

Christa Thoben (CDU), bis zum Mai dieses Jahres Abgeordnete im Landtag und wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, hat nach Presseinformationen ein Angebot des neuen Ministerpräsidenten von Sachsen, Professor **Dr. Kurt H. Biedenkopf** (CDU), ausgeschlagen, als Wirtschaftsministerin in dessen Kabinett einzutreten. Frau Thoben ist Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Münster.

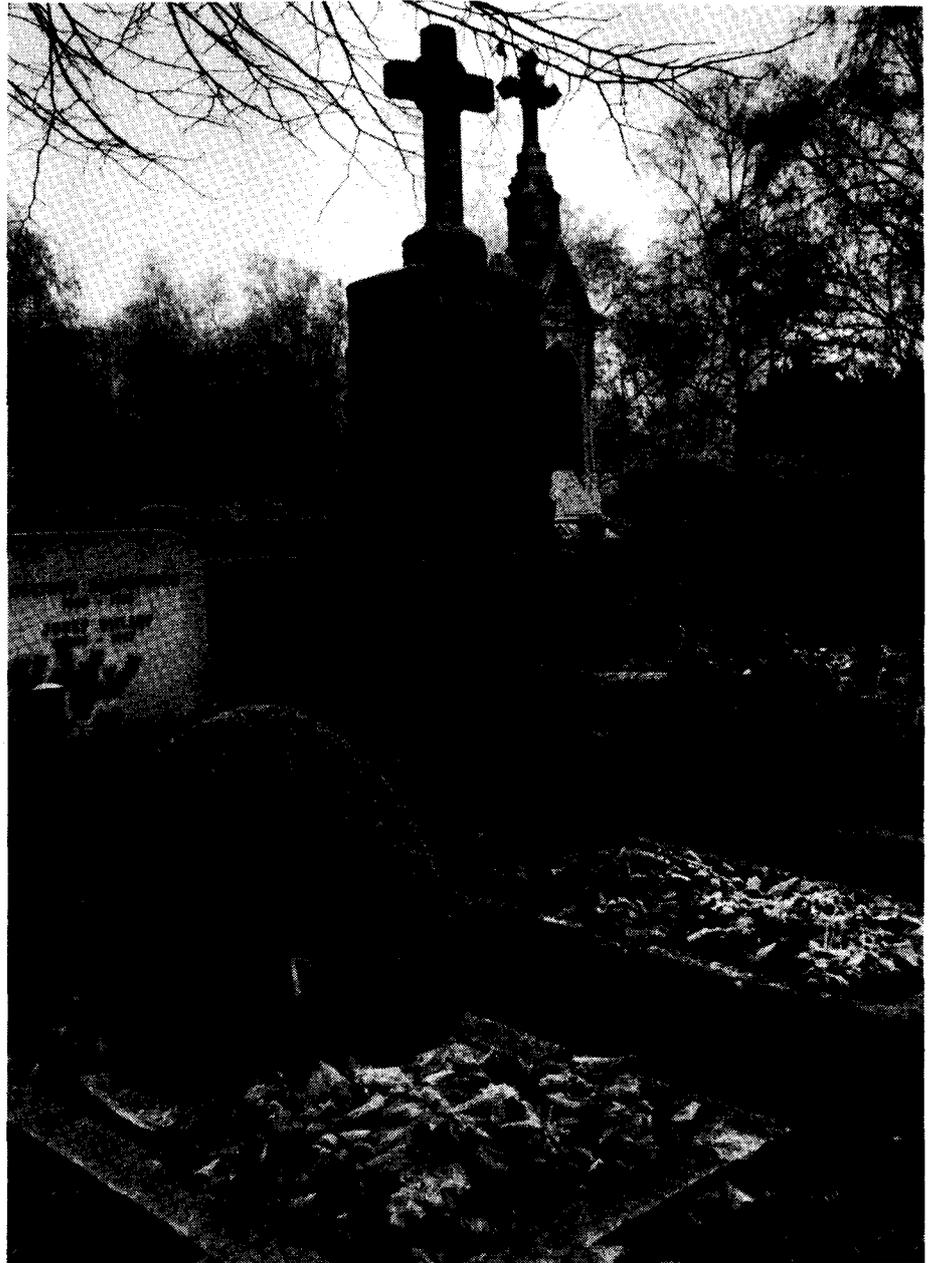
★

Helmut Müller-Reinig, nordrhein-westfälischer Regierungssprecher, ist von seinem Chef, Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) überrascht worden. Müller-Reinig, der, wie berichtet, zum Jahresende aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst ausscheidet, erhielt unerwartet den Landesorden. Er wurde ihm neben 34 anderen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Land im Düsseldorfer Schloß Benrath verliehen. Helmut Müller-Reinig war von 1973 bis Anfang 1979 fünfzehn Jahre Pressechef des Landtags und Chefredakteur der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“.

★

Dr. Jürgen Linde (SPD), ehemaliger Oberstadtdirektor von Gelsenkirchen, berät den Ministerpräsidenten von Brandenburg, **Manfred Stolpe**, (SPD) bei der Regierungsbildung. Der in Gelsenkirchen wohnende Linde ist seit über einem Jahr Geschäftsführer des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungs-Verbandes Nordrhein-Westfalen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Der November ist der Monat der stillen Tage. Seit dem 9. Jahrhundert bereits, demnach über 1000 Jahre, wird von der Katholischen Kirche Allerheiligen begangen, das Fest am 1. November zum Gedächtnis aller Heiligen. In der Folge der Gedenktage schließt sich der Volkstrauertag an, der am zweiten Sonntag vor dem 1. Advent begangen wird. Er fällt in diesem Jahr auf den 18. November. Der Volkstrauertag ist ein nationaler Trauertag, der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 als ein Tag zum Gedenken der Opfer beider Weltkriege und des nationalsozialistischen Unrechtssystems gilt. So wie sich die katholischen Gläubigen im November der Heiligen entsinnen, üben die evangelischen Christen am Buß- und Betttag innere Einkehr. In den deutschen evangelischen Kirchen fällt der Buß- und Betttag auf den vorletzten Mittwoch des Kirchenjahres, heuer auf den 21. November. Mit dem Totensonntag am 25. November schließen die stillen Tage ab. Das Gedenken gilt den Verstorbenen, den Verwandten, Freunden und Bekannten, die auf den Friedhöfen die letzte Ruhe gefunden haben, wie auf dem Friedhof im westfälischen Sendenhorst zwischen Ahlen und Münster, wo dieses Bild entstand.